



**NEUWAHLEN
JUGENDARMUT
GESCHICHTSPOLITIK BEZÜGLICH DES ZWEITEN WELTKRIEGES**

■ KOMMENTAR		
Die Ukraine als Schachbrett: die Logik der politischen Krise 2008		2
Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt/Bremen		
■ DOKUMENTATION		
Stimmen zu den vorgezogenen Wahlen		4
■ UMFRAGE		
Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung		8
<hr/>		
■ ANALYSE		
Jugendarmut in der Ukraine. Feldforschung in einem Kinderheim in Charkiw		12
Von Nadja Lobner, Universität Salzburg		
■ DOKUMENTATION		
Jugendarmut und sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau im internationalen Vergleich		16
<hr/>		
■ KOMMENTAR		
Pluralität der Erinnerung		21
Von Andrij Portnov, Lwiw		
■ ANALYSE		
»Nationalukrainischer Befreiungskampf« Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine		23
Von Wilfried Jilge, Leipzig		
■ ANALYSE		
Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung		28
Von Anatolij Podolskyj, Zentrum für Holocaustforschung, Kiew		
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 24. September bis zum 14. Oktober 2008		31

NEU: Themen- und Autorenindex

Auf der Website der Ukraine-Analysen unter www.laender-analysen.de finden Sie jetzt auch einen Themen- und Autorenindex.

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 28.10.2008.



Kommentar

Die Ukraine als Schachbrett: die Logik der politischen Krise 2008

Von Katerina Malygina, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt / Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 9. Oktober verkündete der Präsident der Ukraine Viktor Juschtschenko die Auflösung des Parlamentes (Werchowna Rada) und die Durchführung von vorzeitigen Wahlen. Diese wurden für den 7. Dezember ausgerufen.

So unlogisch die Neuwahlen zur Verchowna Rada aus Sicht der nationalen Interessen der Ukraine sind, so logisch sind sie im Hinblick auf die persönlichen Ambitionen der Politiker. Die politische Krise von 2008 wurde nicht durch einen »Verrat demokratischer Werte« oder ein »Pro-Kreml-Szenario« verursacht, wie es dem Volk weisgemacht werden soll. Der Grund ist viel banaler: Das Streben der ukrainischen Politiker nach absoluter Macht.

Eröffnung: Kaukasus-Konflikt

Häufig wird die Meinung vertreten, die unmittelbare Ursache für den Zusammenbruch der demokratischen Koalition sei die klare Diskrepanz zwischen der Beurteilung des Kaukasus-Konflikts durch den Präsidenten Viktor Juschtschenko und die Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Obwohl außenpolitische Fragen für die Richtlinien der Parteien von grundlegender Bedeutung sind, stehen sie, wenn persönliche Interessen im Spiel sind, in der Ukraine immer erst an zweiter Stelle.

Timoschenkos Verhalten während des Kaukasus-Konflikts ist sehr einfach zu erklären und hat nichts mit der »Hand des Kremls« zu tun. Vielmehr kam der Krieg im Kaukasus für Timoschenko ganz unerwartet und hat ihr erst einmal alle Karten durcheinander gebracht.

So deuten die Ereignisse vom Juli darauf hin, dass die Annäherung zwischen dem Block Julia Timoschenko (BJuT) und der Partei der Regionen (PR) noch vor dem georgisch-russischen Krieg begonnen hat. Bekanntermaßen entzündete sich im Juli ein weiterer Streit zwischen dem Präsidenten und der Premierministerin an der Annahme der Änderungen des Haushaltsplans 2008. Im Juli scheiterte aber auch ein Misstrauensvotum gegen Timoschenko. Es ist wahrscheinlich, dass die verärgerte Timoschenko danach beschlossen hat, ein Gambit mit der Partei der Regionen zu spielen und dem König Schach zu bieten. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht die Bemerkung des Vorsitzenden der Fraktion »Volksblock Litwin« Wolodimir Litwin am 19. Juli über die von der PR vorgeschlagenen Änderungen des Wahlmodells. Litwin hat auch darauf hingewiesen, dass der BJuT fast identische Änderungen anbietet.

Anfang August brach jedoch der Krieg im Kaukasus aus. Verwirrt zögerte Timoschenko die ganze Woche lang mit ihrer Erklärung und nahm dringenden

Urlaub. Ihre zurückhaltende Position in der georgisch-russischen Frage beschädigte ihren Ruf dennoch nicht: Nur 4 % der Bevölkerung glauben an Vorwürfe, die sie der Verschwörung mit dem Kreml und des Hochverrats bezichtigen. Wie sich im Laufe der nachfolgenden Ereignisse erwies, hatte Timoschenko darüber hinaus noch einen weiteren Trumpf in der Hand.

Mittelspiel: Die Logik der politischen Krise

Am 2. September wurden die Absprachen zwischen dem BJuT und der PR endlich offensichtlich: beide Fraktionen stimmten gemeinsam für eine Reihe von Gesetzen, die die Befugnisse des Präsidenten einschränken, und brachten alle Versuche, eine gemeinsame Erklärung über den Konflikt von Georgien und Russland zu formulieren, zum Scheitern. Die Konsequenz war der Austritt der Fraktion »Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes« (NUNS) aus der Koalition am 4. September. Damit war Timoschenkos Ministerpräsidentschaft konkret gefährdet. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der PR erschwerte die wenig überzeugenden Versuche des BJuT, den Koalitionspartner zur Rückkehr zu bewegen. Timoschenko setzte alles aufs Spiel. Am 15. September wurden dem Parlament zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: der von Timoschenko vorgeschlagene Haushalt für 2009 und die Änderungen des Gesetzes über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Die Initiatoren des Letzteren waren die Abgeordneten Andrej Portnow vom BJuT und Oleksandr Lawrinowitsch von der PR. Laut ihrer Gesetzesvorlage erfolgt die Wahl der Abgeordneten in zwei Wahlgängen. Im zweiten Wahlgang findet eine Stichwahl zwischen den beiden Parteien mit den meisten Stimmen statt. So erhält der Gewinner automatisch eine Mehrheit im Parlament (226 Stimmen) und es besteht keine Notwendigkeit zur Koalitionsbildung. Ein solches Gesetz würde endlich den Übergang zum Parlamen-

rismus vollenden und ein Zwei-Parteien-System in der Ukraine einführen. Nicht ausgeschlossen ist, dass das wichtigste Abkommen zwischen dem BJuT und der PR genau darin bestanden hat. Ihr gemeinsames Abstimmungsverhalten am 2. September sollte nur den Weg zur Verabschiedung dieses Gesetzes freimachen, so dass der Präsident nicht mehr die Möglichkeit hat, sein Veto einzulegen oder den Konflikt mit Gewalt zu lösen. Es entstand eine sehr kritische Situation für Juschtschenko und dringender Handlungsbedarf. Am 16. September eröffnete der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk die Sitzung mit der formellen Bekanntgabe der Auflösung der Koalition. Der 30-Tage-Zähler bis zur Auflösung der Rada lief damit an.

Die nun folgenden Verhandlungen zwischen dem BJuT und der PR fanden deshalb unter ganz anderen Umständen statt. Es ist eine Sache, gemeinsam nach dem Prinzip »Wie Du mir, so ich Dir« abzustimmen, und eine ganz andere eine Koalition zu bilden. Juschtschenkos Kalkulation, dass die Parteien nicht in der Lage sein würden, sich über die Besetzung des Premierministerpostens zu einigen, erwies sich als richtig. Und dies liegt nicht einmal an den ideologischen Unterschieden zwischen den beiden Parteien. Am 25. September erklärte der Parteiführer der PR Viktor Janukowitsch öffentlich das Ende der Verhandlungen mit allen Fraktionen und begann mit den Vorbereitungen für die Wahlen.

Persönliche Ambitionen trieben Timoschenko in die Enge. Die fehlgeschlagenen Gespräche mit der PR führten gewissermaßen zur Herabsetzung ihrer Ansprüche und zwangen sie zur Rückkehr an den Verhandlungstisch mit NUNS und dem Volksblock Litwin. Aber für die Wiederaufnahme der Koalition stellte NUNS jetzt eine Reihe von Bedingungen an den BJuT.

Fest entschlossen machte Timoschenko einen präzedenzlosen Schritt. Am 2. Oktober kehrte die Ukraine fast zum Status quo zurück: Der BJuT und NUNS stimmten gemeinsam für die Abschaffung der gegen die Macht des Präsidenten gerichteten Gesetze, mit einer Ausnahme jedoch: Das Gesetz über die allgemeine Volksabstimmung, das am 19. September in erster Lesung verabschiedet worden war, erhielt nicht genug Stimmen. Dreimal wurde über seine Aufhebung abgestimmt. Zufällig oder absichtlich stimmten alle drei Male nur 225 anstatt der erforderlichen 226 Abgeordneten zu. Es ist gut möglich, dass gerade dieses Gesetz noch eine entscheidende Rolle bei den Entwicklungen in der Ukraine spielen wird.

Dennoch hatten die Zugeständnisse der Regierungschefin ihre Grenzen. Timoschenkos Ziel ist es,

vorgezogene Wahlen zu vermeiden, denn sonst müsste sie von ihrem Amt zurücktreten und den Kampf um die Macht wieder von vorn beginnen. Zeitgleich mit den Verhandlungen arbeiteten BJuT-Anwälte daran, was dem Präsidenten vorgeworfen werden könnte, falls er die Auflösung des Parlaments ankündigen sollte. Zuerst wurde erklärt, der Erlass des Präsidenten sei verfassungswidrig, sollten wegen der Parlamentsauflösung nicht alle Fraktionsvorsitzenden konsultiert worden sein. Danach fand sich ein überzeugenderes Argument: Der Präsident hätte vor dem 23. November 2008 kein Recht zur Parlamentsauflösung, weil in diesem Fall die Verfassungsnorm, die besagt, dass das Parlament mindestens ein Jahr im Amt sein muss, nicht erfüllt wird. Auf beide Erklärungen hatte Juschtschenko Antworten parat: Die notwendigen Konsultationen hat er am 7. Oktober durchgeführt und den Erlass über vorgezogene Wahlen vom 9. Oktober begründete er damit, dass das Parlament bereits im Jahr 2007 einmal aus einem anderen Grund vorzeitig aufgelöst worden sei, nicht weil es keine Koalition gab, sondern weil die Verchowna Rada handlungsunfähig war.

Endspiel: Die Logik der vorzeitigen Wahlen

Auch Juschtschenkos harte Haltung bei der Lösung der politischen Krise ist durch Herrschaftsambitionen vollständig erklärbar. Natürlich ist es Juschtschenko bewusst, dass ein Erlass über vorgezogene Wahlen nicht nur zu einer Verschlechterung seiner ohnehin schon sehr niedrigen Umfragewerte führen kann, sondern ihn auch der Gefahr aussetzt, seine politische Partei nach den Neuwahlen überhaupt nicht mehr im Parlament vorzufinden. Dennoch: Das Wichtigste, das Juschtschenko mit seinem Erlass erreichte, ist die Ausscheidung Timoschenko aus dem Spiel. Schach und schachmatt der Königin?

Juschtschenko hat eine gewinnsichere Spieltaktik gewählt. Auf der einen Seite könnte die Nichtwiederaufnahme der Koalition Timoschenko zum formellen Zusammenschluss des BJuT mit der PR anregen. Damit würde dann das von dem Leiter des Präsidialamtes Viktor Baloga vorhergesagte »Pro-Kreml-Szenario« nachgewiesen werden und als Folge daraus eine Diskreditierung des BJuT und ein Sturz seiner Umfragewerte unter den traditionellen Wählern eintreten. Vielleicht würden solche Entwicklungen zur Steigerung der Popularität Timoschenkos im Osten beitragen. Aber dann müsste sie die Wählerschaft mit der Partei der Regionen teilen. Und dies wiederum würde zur Schwächung der beiden politischen »Schwergewichte« führen. Eine solche Konstellation kann sich Juschtschenko nur wünschen.

Auf der anderen Seite könnte Juschtschenko die Regierungschefin angesichts ihrer Unnachgiebigkeit in Bezug auf ein Bündnis mit der PR endlich per Erlass über die Neuwahlen aus dem Amt entfernen. Wenn Juschtschenko das internationale Ansehen des Landes und der Wohlstand des ukrainischen Volkes wichtig wären, würde er den Fraktionsvorsitzenden der NUNS Wjatscheslaw Kirilenko anweisen, die Koalition zu erneuern. Es ist nicht verwunderlich, dass einige kleinere Parteien innerhalb der NUNS-Fraktion, die zu einer Rückkehr in die Koalition bereit waren, nicht nur einmal protestiert haben – bis hin zu dem Versuch, eine Fraktionssitzung zur Neuwahl ihrer Führer einzuberufen. Juschtschenkos Position ist allerdings unverändert geblieben: Eine Wiederaufnahme der Koalition ist nur unter der Bedingung möglich, dass Timoschenko ihr Amt als Ministerpräsidentin niederlegt. Im BJuT gab es auch Spekulationen darüber, dass ein Vorschlag aus dem Sekretariat des Präsidenten eingegangen wäre – jede(r) beliebige KandidatIn außer Timoschenko wäre akzeptabel.

Das zweite Szenario spielte sich genau so am 9. Oktober ab. Sehr wahrscheinlich ist, dass der Präsident die Entscheidung, Neuwahlen auszurufen, mindestens eine Woche vor ihrer Bekanntgabe (als sich der BJuT und die PR tatsächlich getrennt haben) getroffen hat. Nicht ohne Grund gibt es nun Spekulationen über

eine TV-Aufzeichnung der Rede Juschtschenkos an das ukrainische Volk vom 8. Oktober. An diesem Tag war Juschtschenko nämlich nicht in der Ukraine, weil er einen offiziellen Besuch in Italien machte. Warum zögerte er etwa eine Woche mit dem Erlass? Hier wurde die tatsächliche Stimmung im Land zum ersten Mal berücksichtigt: 70 % der Ukrainer sind gegen vorgezogene Wahlen. Juschtschenko wollte die Bevölkerung auf eine solche Entscheidung vorbereiten und sich so weit wie möglich »reinwaschen«. Alle seine Aussagen aus diesem Zeitraum gehen dahin, dass es mehr als genug Zeit für die Bildung einer Koalition – in der alten oder einer neuen Konstellation – gegeben habe, die Abgeordneten sich aber nicht hätten einigen könnten. So hat der Präsident die volle Verantwortung für die Neuwahlen also auf die Abgeordneten abgewälzt. Wie Wolodimir Litwin in einem Interview mit Interfax am 7. Oktober sagte: Es handle sich bei dem Problem, die Zweckmäßigkeit der Neuwahlen zu rechtfertigen, darum, wem die Rolle des »Sündenbocks« zugeschoben werde. Juschtschenko hat diese Rolle für Timoschenko vorgesehen. Diese wiederum nahm die Extremposition der Ablehnung vorgezogener Wahlen ein und beschuldigte Juschtschenko öffentlich, verantwortlich für den Zusammenbruch der Koalition zu sein. Die Folge ist, dass niemand die Schuld an den vorgezogenen Wahlen zu tragen hat.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Dokumentation

Stimmen zu den vorgezogenen Wahlen

Der Präsident

Juschtschenko verkündet die Auflösung des Parlaments und setzt Neuwahlen an für Um, 09.10.2008

[...] Laut Viktor Juschtschenko wurde am 2. September de facto eine neue Koalition im ukrainischen Parlament gebildet, welche 30 Tage lang intensiv ihrer Arbeit nachging, die Leitung des Parlaments stellte und viele Gesetze verabschiedete, von denen ein Teil dem Präsidenten zufolge nicht verfassungsgemäß war, »was mich dazu zwang mein Veto gegen einige von ihnen einzulegen«. »Die Ereignisse des 2. September haben die Existenz der demokratischen Koalition unmöglich gemacht, weswegen am 3. September ihr Bruch de jure verkündet wurde«, erklärte der Präsident. [...] Das Staatsoberhaupt betonte, dass »der Anschlag auf die national-demokratischen Kräfte mit dem Ziel ihrer Spaltung« in der Zeit potenzieller äußerer Bedrohung verübt wurde. »Dies ist ein Nagel, der in unseren Körper geschlagen wird«, bemerkte er. [...]

<http://www.for-ua.com/ukraine/2008/10/08/211247.html>

Wahlen im Dezember

Kyiv Post (Kiew), 08.10.2008

[...] »Beim momentanen Stand der Dinge, da sich die parlamentarischen Kräfte selbst in eine Sackgasse hineinmanövriert haben, muss das ukrainische Volk das Wort bekommen«, sagte Juschtschenko in einer Fernsehansprache an die Nation. [...]

<http://www.kyivpost.com/nation/30214>

Die Orangen Parteien

*»Nationale Selbstverteidigung« tritt ohne Juschtschenko bei den Wahlen an
Izvestija (Moskau), 09.10.2008*

[...] »Dies ist ein äußerst verantwortungsloser Schritt gegenüber dem ukrainischen Staat«, kommentierte er (*Taras Steckiv, Mitglied der »Nationalen Selbstverteidigung« – Red.*) den Erlass über die vorgezogenen Wahlen. Seiner Meinung nach hätte sich Juschtschenko mit diesem Schritt »aus der ukrainischen Politik gestrichen.« [...]

<http://www.izvestia.ru/news/news189684>

Nach dem Regen am Donnerstag?

Kievskie Vedomosti (Kiew), 09.10.2008

[...] »Die vorgezogenen Neuwahlen werden das Land für ein halbes Jahr lähmen, was für die Ukraine tödlich sein wird«, erklärte der enttäuschte Führer der pro-präsidentialen Fraktion BJuT Ivan Kirilenko. [...] »Der Präsident und die Premierministerin können, so scheint es, nicht nur kein Flugzeug miteinander teilen, sondern auch keine 46-Mio.-Nation, genauer gesagt das Recht, diese zu regieren, und deswegen setzen sie Wahlen an.« [...]

<http://www.kv.com.ua/archive/30496/political/30510.html>

Die Rada in einer Sackgasse: BJuT blockiert, die Wahlen sind nicht aufzuhalten

Ukrainska Pravda (Kiew), 10.10.2008

[...] Es ist offensichtlich, dass es heute, da das Parlament blockiert ist, weder eine Möglichkeit gibt, das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten zu ändern, noch den Haushalt, was zur Finanzierung der Wahlen wichtig wäre«, sagte Jazenjuk (*Vorsitzender der Werchowna Rada – Red.*). [...] Bekanntermaßen blockiert BJuT seit Donnerstag die Tribüne und das Präsidium des Parlaments, um die Abstimmungen über das Gesetzespaket, das für die Durchführung der vorgezogenen Neuwahlen unabdingbar ist, zu verhindern.

<http://www.pravda.com.ua/ru/news/2008/10/10/82182.htm>

Die Opposition

*Janukowitsch: Die Regierung hat das Land an die Grenze der Angst gebracht
forUm, 09.10.2008*

[...] »Die Regierung hat das Land an die Grenze der Angst und an den Rand des Bankrott gebracht und es ist vergebliche Mühe, zu versuchen herauszufinden, wer von den Orangen daran schuld ist«, meint Janukowitsch. [...] »Wir sind mit einer solchen Politik nicht einverstanden und stimmen dieser Vorgehensweise nicht zu.« Stattdessen schlägt die Partei der Regionen vor, »sich nicht über Ämter zu verständigen, sondern darüber, wie man das Leben der Menschen verbessern und die Wirtschaft entwickeln könnte ... Aber die Orangen haben sich nur für Sitze interessiert. Sie brauchen so viele Sitze an der Macht, dass eine ganze Möbelfabrik nicht ausreichen würde«, sagte Viktor Janukowitsch. [...]

<http://www.pravda.com.ua/ru/news/2008/10/10/82182.htm>

Das Land ist zu einer Geisel der Auseinandersetzungen zweier führender Politiker geworden

Golos Ukrainy (Kiew), 10.10.2008

[...] Der Prozess der Koalitionsbildung selbst hätte gezeigt, dass der Präsident diese nicht brauche. Er (*Wolodimir Litwin, Vorsitzender des Blocks Litwin – Red.*) fände es nicht normal, wenn die obersten Repräsentanten des Landes einander Landesverrat vorwerfen. Das hätte nicht lange gut gehen können. Leider wären die Menschen und das Land Geiseln dieser Auseinandersetzungen geworden. Mit dem Erlass des Präsidenten hätte die Regierung ihre Handlungsunfähigkeit bewiesen. [...] Wolodimir Litwin meint, dass die Schuld an der vorzeitigen Auflösung der Werchowna Rada auch bei den Parlamentariern selbst liege. 450 Abgeordnete hätten während der gesamten Zeit keine einzige Schlüsselentscheidung getroffen und keinen einzigen erfolgreichen Versuch unternommen einen Kompromiss zu finden.

<http://www.golos.com.ua/article/1223560820.html>

Der Vize-Vorsitzende der Kommunistischen Partei Ukraine Petr Zybenko, 10.10.2008

Juschtschenko hat sich auf den Weg der Zerstörung des Parlamentarismus in der Ukraine begeben. Dies erklärte der Abgeordnete und Vize-Vorsitzende der KPU Petr Zybenko gegenüber IA »InterMedia consulting«. »Ich schließe nicht aus, dass Juschtschenko dies alles angezettelt hat, damit es überhaupt keine Parlamentswahlen gibt. Damit er später, in der Art eines Imperators die Ukraine bis zu den Präsidentschaftswahlen regieren kann«, sagte der Abgeordnete. [...]

<http://www.kpu.net.ua/pjotr-tsibenko-juschtschenko-stal-na-put-unichtozhenija-parlamentarizma-v-ukraine/>

Beobachter und Experten

Wahlen im Dezember

Kyiv Post (Kiew), 08.10.2008

[...] Eine vorgezogene Wahl ist eigentlich unvorteilhaft für den pro-präsidentialen Block Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung, welcher laut der jüngsten Umfrage des Nationalen Instituts für Strategische Studien nur 9,4 % der Stimmen im Vergleich zu den 14,5 % des letzten Jahres erhalten würde. Die Situation wird sogar noch weiter verschlechtern, wenn die Selbstverteidigung unabhängig bei der Wahl antritt, wie ihre Mitglieder es bereits ankündigen. [...] Analytiker sagen, dass der einzige potenzielle Vorteil für den Präsidenten die Entfernung von Julia Timoschenko, seiner ehemaligen Verbündeten, aus dem Amt der Premierministerin, und damit auch aus dem Rampenlicht wäre – in der Hoffnung, so ihre wachsende Popularität einzudämmen. »Juschtschenko fürchtet Timoschenko als eine ernstzunehmende Konkurrentin bei den Präsidentschaftswahlen«, sagt Oles Donity, ein Mitglied des Juschtschenko-Blocks. [...] »Juschtschenko vertraut Timoschenko nicht und fürchtet, dass (ihr Block) BJuT erneut für Gesetze, die seine Macht einschränken, stimmen wird«, sagt Fesenko (*Wolodimir Fesenko, ein Politikexperte – Red.*). Er meint, vorgezogene Wahlen würden zumindest für eine Weile garantieren, dass dieses Gesetz nicht wieder aufgerollt wird. [...]

<http://www.kyivpost.com/nation/30214>

Juschtschenko beraumt Neuwahlen an und besiegelt den Zerfall der Koalition

The Wall Street Journal (Kiew), 09.10.2008

[...] Die einstigen Verbündeten werden voraussichtlich Rivalen in einem anderen Wahlkampf sein, den Präsidentschaftswahlen 2010. Aber während die Beliebtheitswerte von Timoschenko relativ hoch bleiben, sind die von Juschtschenko in den einstelligen Bereich gesunken. Analysten sagen, dass seine Entscheidung, Wahlen anzusetzen, auf der Spekulation beruht, dass danach eine Regierung gebildet wird, innerhalb derer noch mehr Uneinigkeit herrschen wird und die ihm so erlaubt, die Rolle eines harten Präsidenten zu spielen. [...]

<http://online.wsj.com/article/SB122349033978016067.html>

Vom Ende einer Liaison

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.10.2008

[...] Die tieferen Ursachen des Zwistes liegen in den Umfrageergebnissen. Seit der »Revolution in Orange«, als er noch mit absoluter Mehrheit Präsident wurde, hat Juschtschenko mit ansehen müssen, wie Timoschenko ihn in der Wählergunst immer mehr verdrängte. Umfragen bescheinigen ihr zwischen zwanzig und dreißig Prozent, während seine Partei zuletzt bei den Kommunalwahlen in Kiew nicht einmal mehr die Drei-Prozent-Schwelle überwinden konnte. [...] Juschtschenkos Linie der rhetorischen Attacken gegen Moskau bei gleichzeitigen Personalkompromissen hat zuletzt dazu beigetragen, ihn sowohl im Osten als auch im Westen zu diskreditieren. Jetzt sieht er seine einzige Chance bei den nächsten Präsidentenwahlen Anfang 2010 offenbar darin, Timoschenko aus dem Amt der Ministerpräsidentin zu drängen, um sie so im Wahlkampf von den in der Ukraine immer noch entscheidenden »administrativen Ressourcen« abzuschneiden.

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EB7E9F05270E9464680018723E77864DA~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Vorbereitungen auf die Wahlen

Donbass (Donezk), 08.10.2008

Über die Krise in der ukrainischen Politik kann man lange reden. Aber wenn man das Vorspiel weglässt und gleich die Intrige auseinander nimmt, dann passt alles in einen Satz. Vorgezogene Wahlen fallen schon unter die Kategorie des »Unvermeidlichen«. Der Grund ist einfach: Parlamentarische Prozesse sind gegenwärtig uninteressant, die Hauptfiguren zielen auf die Präsidentschaftswahlen ab. [...] Was haben wir im Endeffekt? Drei führende Parteien wollen ihre Vorteile aus den vorgezogenen Wahlen ziehen. [...]

<http://www.donbass.ua/get-news/id/5933/article.html>

Parlamentsserie: die letzte Folge

Den (Kiew), 09.10.2008

Die täglichen Folgen der ukrainischen Politserie werden von einer unendlichen Intrige bestimmt, welche die Zuschauer der Ukraine eigentlich satt haben, wobei trotzdem keiner von den Fernsehbildschirmen loskommt. Ständige Verhandlungen, Beschuldigungen, Schauspiele und Verrat halten die Spannung aufrecht, und das, obwohl wir uns doch eigentlich um etwas ganz anderes Sorgen machen müssten: Was passiert mit der Hrywnja, wie werden die Lebensmittelpreise aussehen, wie viel wird die Fahrt im öffentlichen Nahverkehr kosten und was soll man überhaupt vom morgigen Tag erwarten. [...]

<http://www.day.kiev.ua/254859/>

Der 7. Dezember kostet 415 Millionen

Donbass (Donezk), 09.10.2008

[...] Alles wie im letzten Jahr, das Staatsoberhaupt hat den Erlass schon vorab unterschrieben, die Rede an die Nation vorab aufgezeichnet und ist nach Italien geflogen. Déjà-vu. Eine neue politische Tradition. Der Präsident begründet seine Entscheidung auf traditionelle Weise: mit einer parlamentarischen Krise. Obwohl allen längst klar ist, dass dies ein künstliches Herabsenken der Maßstäbe ist. Die Krise betrifft das gesamte Politikum inklusive des präsidentiellen Anteils an der Macht. Aber Viktor Juschtschenko zieht es vor, statt seiner selbst die Abgeordneten zu beschuldigen. Seiner Meinung nach sind Verräter und Intriganten an allem Schuld. Aber verkörperten letztes Mal noch Moroz (*Olexandr Moroz, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Ukraine – Red.*) und Janukowitsch mit dem sich dazu gesellenden Kinach (*Anatolij Kinach, Vorsitzende der Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine – Red.*) das Böse, so ist der Hauptfeind diesmal Julia Timoschenko und traditionellerweise auch Janukowitsch. Es ist ein seltsamer Zufall, dass Juschtschenko seine potentiellen Hauptkonkurrenten bei den zukünftigen Präsidentschaftswahlen wegen aller Übel anklagt. Andererseits, was für ein Zufall kann dies sein? [...]

<http://www.donbass.ua/get-news/id/5998/article.html>

Die Gier nach Macht. Heimliche Verhandlungen über die Neuverteilung der Kompetenzen und Ämter könnten die vorgezogenen Wahlen in der Ukraine verschieben

Nesawisimaja Gaseta (Moskau), 10.10.2008

[...] Im letzten Jahr hat Juschtschenko einige Male einen Erlass über die Auflösung des Parlaments unterschrieben und damit den jeweils vorangegangenen aufgehoben, so dass die Wahlen auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wurden. Das Resultat war, dass die Wahlen erst Ende September 2007 stattgefunden haben, obwohl der erste Erlass bezüglich ihrer Durchführung schon im April unterschrieben war und von Wahlen Anfang Juni ausging. Wie auch damals schon brauchen die ukrainischen politischen Kräfte jetzt zusätzliche Zeit für heimliche Verhandlung hinter den Kulissen über die Neuverteilung der Kompetenzen nach den vorgezogenen Wahlen. Dabei ist der Preis dieser Frage in diesem Jahr erheblich gestiegen, wird die neue Werchowna Rada doch im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes gebildet werden. [...]

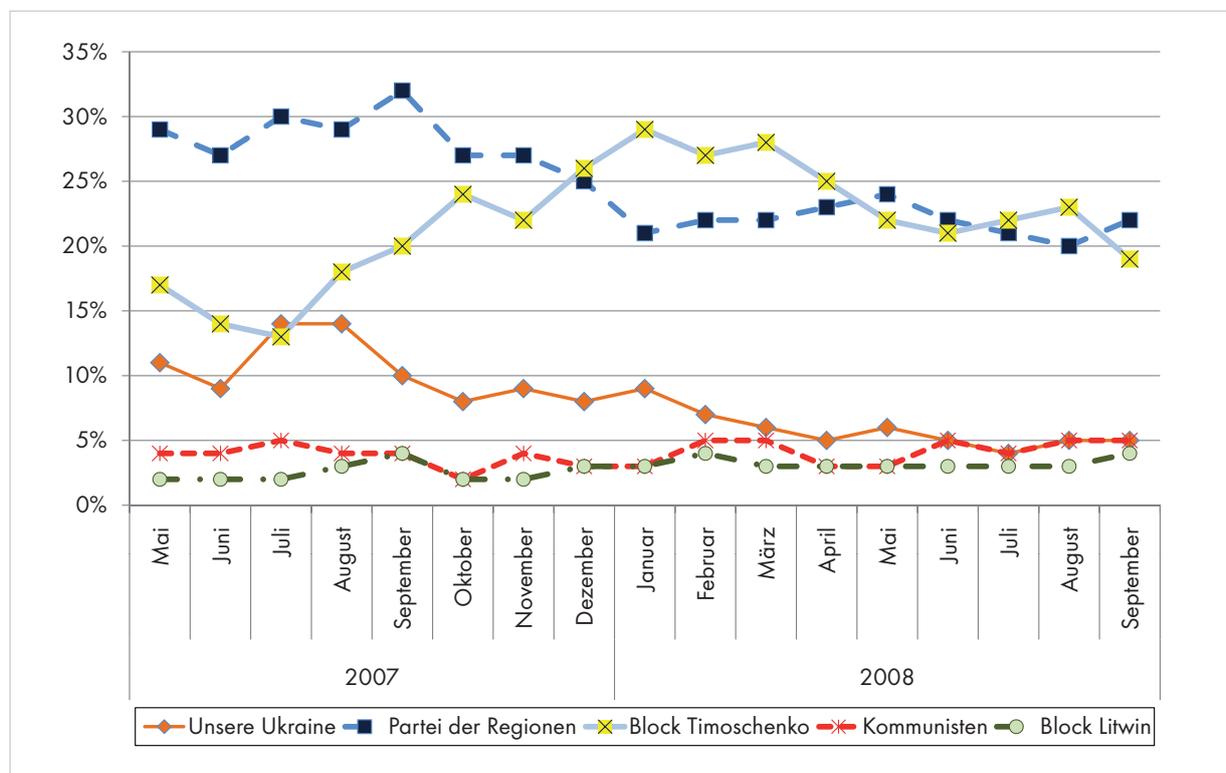
http://www.ng.ru/cis/2008-10-10/6_ukraina.html

Zusammengestellt und übersetzt von Alexandra Wyschkina

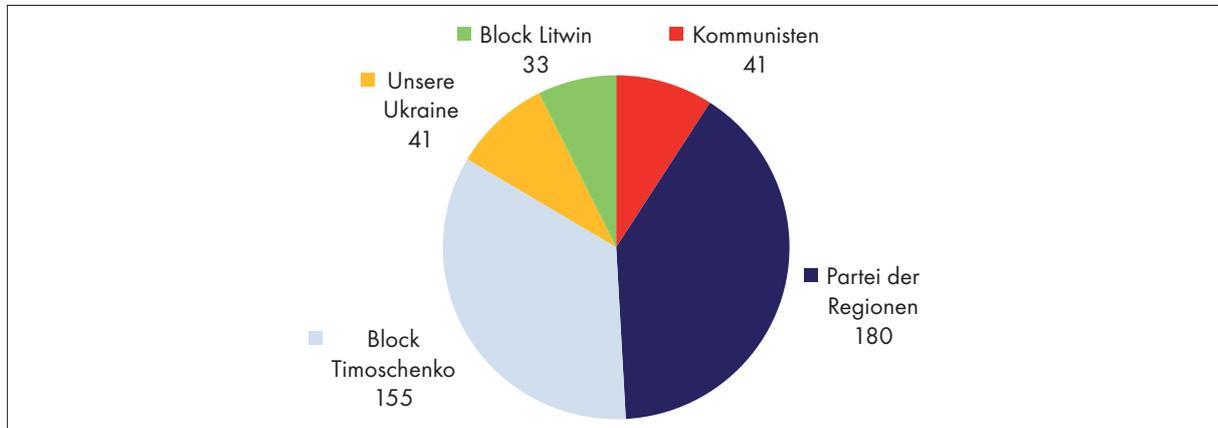
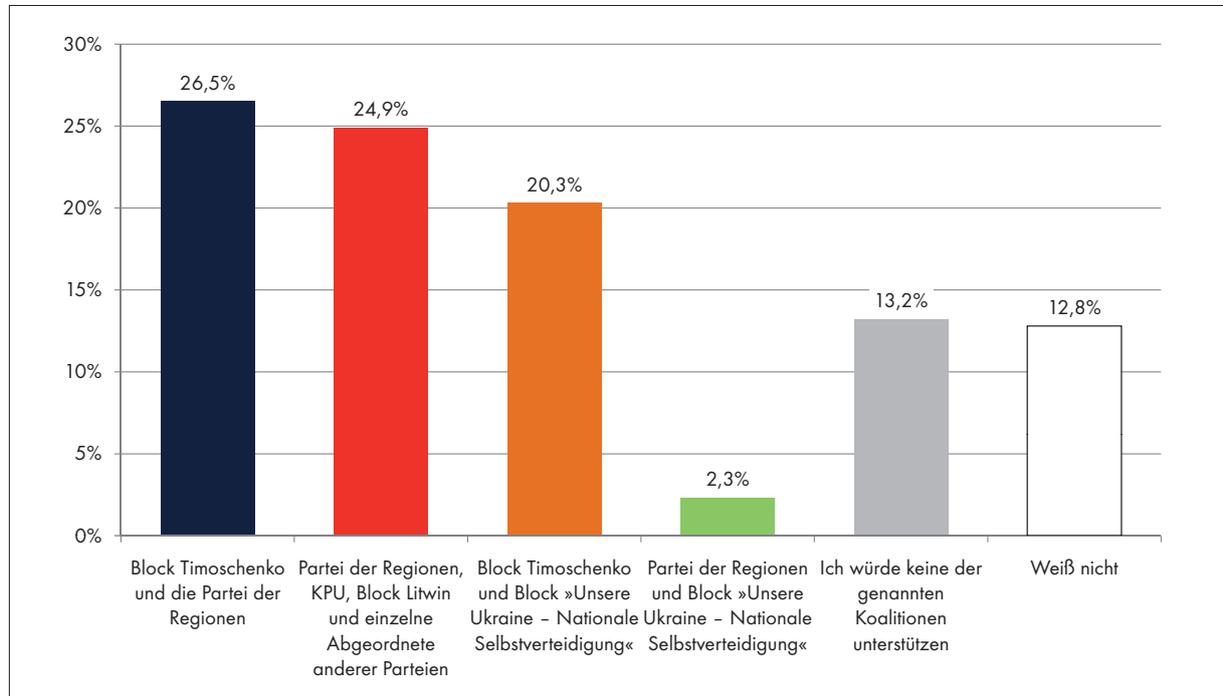
Umfrage

Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung

Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
 Kurzfristige Trends Mai 2007 bis September 2008

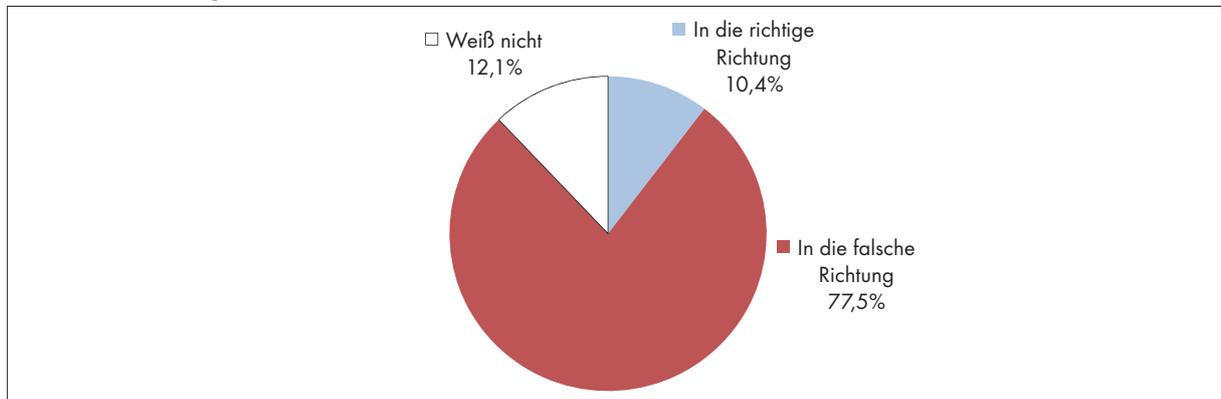


Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

Grafik 2: Hypothetische Fraktionsgrößen gemäß Wahlprognose September 2008

Grafik 8: Wenn Sie wählen müssten, eine Koalition aus welchen Parteien würde Sie unterstützen?


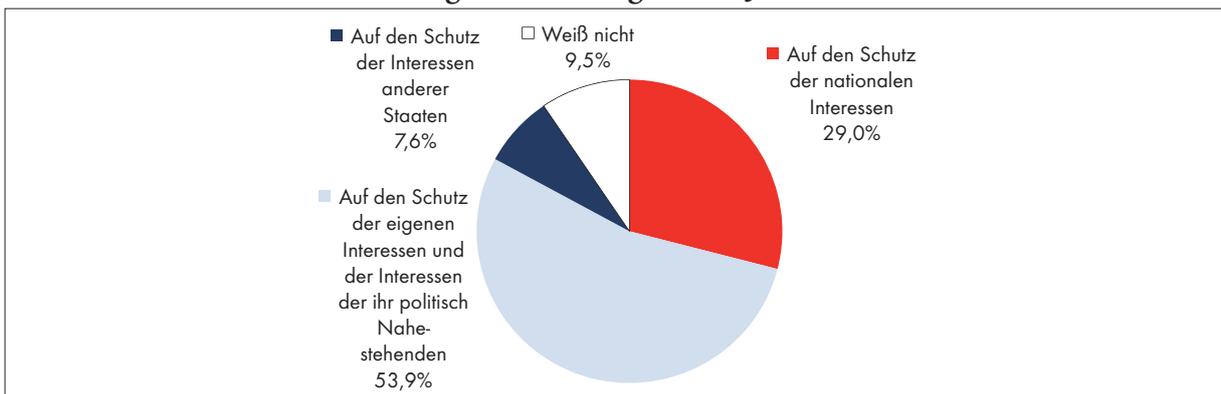
Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Soziale Studien »Sofia«, <http://www.sofia.com.ua/page82.html>

Grafik 4: Geht Ihrer Meinung nach die Entwicklung der Ukraine zur Zeit in die richtige oder falsche Richtung?



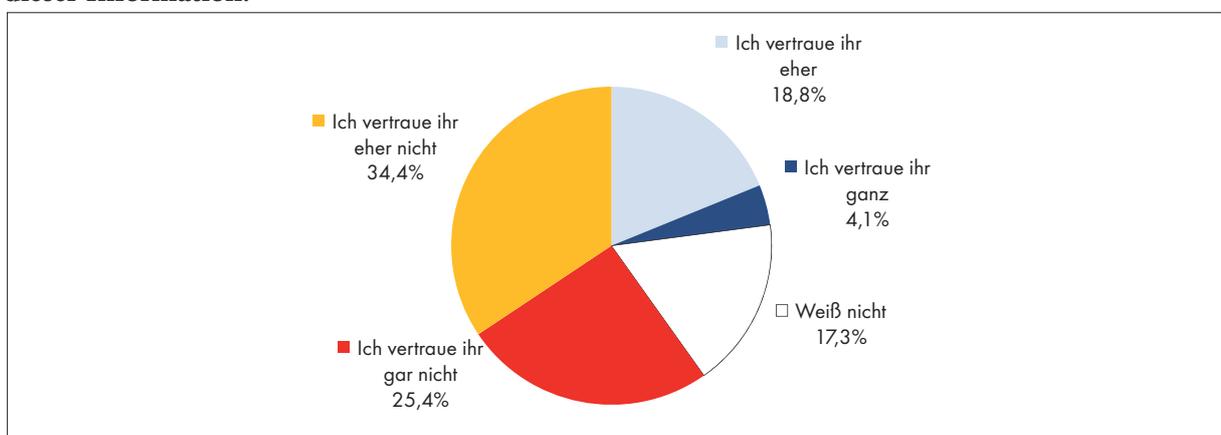
Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Soziale Studien »Sofia«, <http://www.sofia.com.ua/page82.html>

Grafik 5: Worauf zielt Ihrer Meinung nach die Tätigkeit von Julia Timoschenko in erster Linie ab?



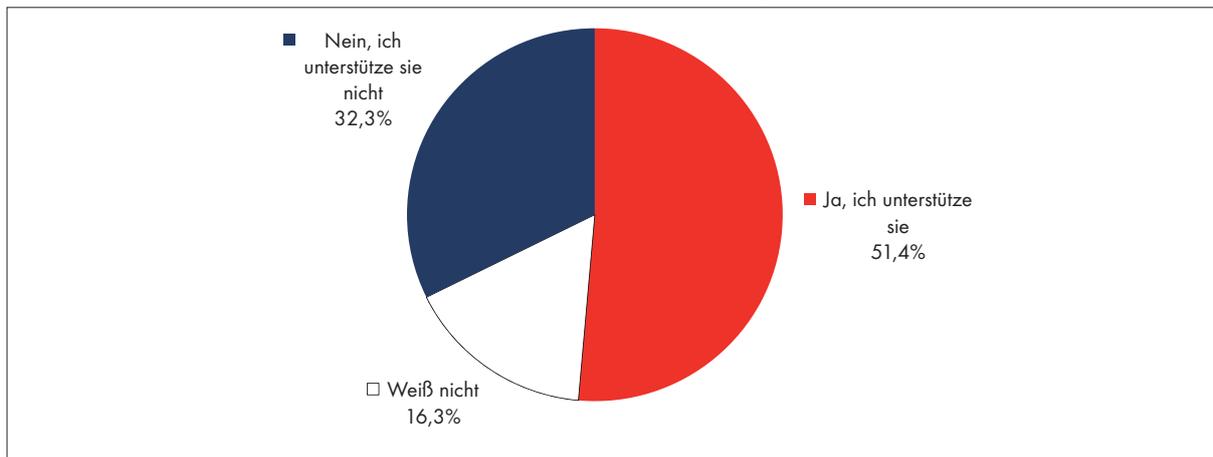
Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Soziale Studien »Sofia«, <http://www.sofia.com.ua/page82.html>

Grafik 6: Am 18. August 2008 hat Andrej Kislinskij, der Vizepräsident des Sekretariats des Präsidenten, verkündet, dass Julia Timoschenko eine Landesverräterin und politisch korrupt sei, da sie systematisch die Interessen Russlands vertrete. Die Regierung der Russischen Föderation erwäge ihrerseits, sie bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. Inwieweit vertrauen Sie dieser Information?



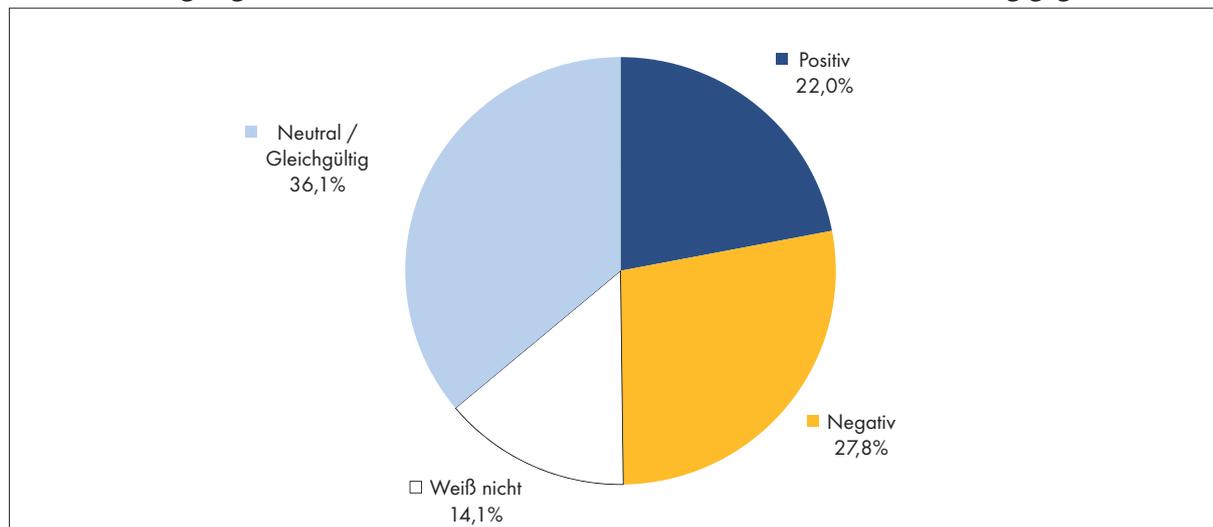
Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Soziale Studien »Sofia«, <http://www.sofia.com.ua/page3.html>

Grafik 7: Am 2. September haben Abgeordnete von BJuT, der Partei der Regionen und sogar anderer Parteien für eine Reihe von Gesetzen gestimmt, welche die Kompetenzen des Präsidenten begrenzen. Unterstützen Sie diese Entscheidung?



Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Soziale Studien »Sofia«, <http://www.sofia.com.ua/page82.html>

Grafik 8: Am 3. September dieses Jahres hat der Block »Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung« die Koalition verlassen. Wie stehen Sie dieser Entscheidung gegenüber?



Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Soziale Studien »Sofia«, <http://www.sofia.com.ua/page82.html>

Zusammengestellt und übersetzt von Alexandra Wyschkina

Analyse

Jugendarmut in der Ukraine. Feldforschung in einem Kinderheim in Charkiw

Von Nadja Lobner, Zentrum für Ethik und Armutforschung, Universität Salzburg

Zusammenfassung

Kinder und Jugendliche gehören zu jenen Bevölkerungsgruppen in der Ukraine, die besonders unter den vom Systemwechsel bedingten ökonomischen und sozialen Problemen leiden. Wie ukrainische Jugendliche, die aufgrund materieller Armut und sozialer Probleme nicht mehr in ihren Familien leben können, sondern in einem nichtstaatlichen Kinderheim untergebracht sind, ihre eigene Situation wahrnehmen (subjektive Armut) und wie sie dennoch versuchen, an Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur teilzuhaben, wurde im Rahmen einer sechsmonatigen Feldforschungsphase in einem ukrainischen Kinderheim erhoben.

Einführung

Die Feldforschung, die von mir in einem nichtstaatlichen Kinderheim in der ostukrainischen Stadt Charkiw durchgeführt wurde, war Teil eines interdisziplinären und internationalen Dissertationsprojekts, das von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit einem DOC-team-Stipendium gefördert wurde. Gearbeitet wurde mit Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung, nämlich teilnehmender Beobachtung, Gruppendiskussion und Interviews. Die Jugendlichen wurden so intensiv wie möglich in den Forschungsprozess einbezogen und nicht als Forschungsobjekte, sondern als »ForschungsteilnehmerInnen« betrachtet und in ihren Kompetenzen ernst genommen.

In der Untersuchung stand die subjektive Armut der Jugendlichen im Mittelpunkt, wobei aber betont werden muss, dass alle Jugendlichen auch aus objektiver Sicht arm waren und, um die Armutsdefinition Simmels zu verwenden, auch »gesellschaftlich arm«: Ihnen allen wurde von der ukrainischen Gesellschaft aufgrund ihrer Lebenssituation Hilfe zuteil. Manche der jugendlichen ForschungsteilnehmerInnen hatten auch Verwahrlosungserfahrungen gemacht und waren zeitweilig obdachlos gewesen. Ziel der Feldforschung war es nicht, eine weitere Statistik über Jugendarmut zu verfassen, sondern in die Sinnstrukturen der von Armut betroffenen Jugendlichen einzutauchen, um im Sinne geistes- und sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung neue Kategorien und Theorieperspektiven für die Armutforschung zu entwickeln und diese in einem zweiten Schritt für die Armutsminderung fruchtbar zu machen.

Individuelle Ebene

Die von Armut betroffenen Jugendlichen, die im Rahmen des Projekts am Forschungsprojekt teilnahmen, betrachten sich selbst als relativ arm und grenzen sich

von Ärmern durch Abwertung und Mitleid ab. Sie konstruieren damit eine »Hierarchie der Armen«, welche ihnen durch den Vergleich mit anderen Jugendlichen eine Selbstpositionierung als subjektiv arm/nicht-arm ermöglicht. Eine wesentliche Rolle bei dieser Selbstpositionierung spielt die emotionale Dimension der Armut, die auf einem Mangel an liebevoller Kommunikation und tragfähigen Beziehungen mit nahen Bezugspersonen innerhalb der eigenen Familie beruht. Verwahrlosung hat eine physische und eine psychische Dimension. Aus der Perspektive der Jugendlichen ist die mangelnde Versorgung durch ihre Eltern nicht Folge, sondern eine ausschlaggebende Dimension ihrer Armutssituation bzw. teilweise auch Ursache ihrer Armut im Sinne von vererbter Armut.

Damit siedeln sie die Ursache für ihre eigene unsichere Lebenssituation auf der individuellen Ebene an und versuchen als Individuen der Armutssituation zu entkommen, indem sie vor allem zwei Strategien wählen: 1. Orientierung an gesellschaftlich anerkannten Normen, 2. Konzentration ihres Handelns auf Erwerbsarbeit und Berufsausbildung. Die Gefahr, die durch die Einnahme dieser auf das Individuum konzentrierten Sichtweise für die Jugendlichen entsteht, liegt in einem Nichterkennen armutsproduzierender struktureller Benachteiligungen und Chancenungleichheiten auf der Ebene des politischen und wirtschaftlichen Systems als auch auf der Ebene der alltagsstrukturierenden Institutionen wie Schule oder Kinderheim.

Diese strukturellen Benachteiligungen könnten nur durch gemeinsames politisches Handeln auf zivilgesellschaftlicher Ebene durchbrochen werden. Zwar erkennen die von Armut betroffenen Jugendlichen ihre Benachteiligung während der Ausbildungsphase, die durch die weit verbreitete Korruption im ukrainischen Bildungssystem geprägt ist, doch vertrauen sie teilweise auf die Umsetzung der gesetzlichen Rahmenbedin-

gungen, die ihnen als Sozialwaisen den kostenlosen Zugang zur Bildung sichern soll. Wie darüber hinaus anfallende Kosten bestritten werden sollen, ist ihnen aber unklar. Dennoch werden von Armut betroffene Jugendliche, die in ihren Familien aufwachsen, durch die durch Korruption verursachte Chancengleichheit im ukrainischen Bildungssystem wesentlich stärker benachteiligt als jene Jugendlichen, die sich bereits in staatlicher Obhut befinden und per Gesetz kostenlosen Zugang zu Bildung bekommen.

Mesoebene

Als Mesoebene bezeichne ich die Institutionen, die die Verpflegung und Erziehung der jugendlichen ForschungsteilnehmerInnen sicherstellen. Sie entsprechen den Strukturen, welche unmittelbar die Lebenswelt der Jugendlichen rahmen. Konkret sind das das nicht-staatliche Kinderheim und die Klassengemeinschaft in der Schule.

Auf Grundlage der Aussagen der ForschungsteilnehmerInnen und der teilnehmenden Beobachtung lässt sich sagen, dass die Jugendlichen kaum bis gar keine Möglichkeiten haben, ihre Lebenswelt in ihrem Sinne zu gestalten. Die Erziehung erfolgt kaum interaktiv, sondern aufgrund klarer Hierarchien von oben nach unten. Die Pädagogik bereitet die Jugendlichen auf eine Teilhabe an den Märkten vor, auf die Teilhabe an Arbeitsmarkt und Konsum. Die Jugendlichen bewegen sich in ihrem ökonomischen Handeln oft im informellen Bereich und reproduzieren diesen durch ihr Handeln. Das bedeutet, dass sie als wirtschaftliche Akteure Teil der in der Ukraine wie in anderen postsowjetischen Staaten weitverbreiteten Straßenökonomie sind. Sie arbeiten (und arbeiteten teilweise schon als Kinder) als LastenträgerInnen oder HändlerInnen ohne Arbeitsverträge auf dem Markt oder im Schwarzhandel, der sich in den Hinterhöfen der Siedlungen vollzieht. Über den formellen Bereich der Wirtschaft, wie zum Beispiel Arbeitsrecht und Steuernzahlen, wissen sie nur wenig Bescheid.

Die Jugendlichen verfügen außerdem über nur wenig gesichertes Wissen über die von ihnen und ihren Eltern empfangenen Sozialleistungen. So zum Beispiel können sie in den Interviews kaum Auskunft darüber geben, wie viel Waisenrente sie beziehen, wie viel bereits auf ihrem Sparbuch liegt, wie viel Sozialhilfe an die Mutter ausbezahlt wurde oder wie hoch die Pension der Großmutter ist.

In der gegenwärtigen Lebenssituation bieten ihnen das Kinderheim und ihr Netzwerk an FreundInnen und sozialen Kontakten eine gewisse materielle Sicherheit.

In der Zukunft sehen sie sich jedoch in einer Lebenssituation, die der gesellschaftlichen Norm entspricht und die materielle Sicherheit bedeutet. Die ForschungsteilnehmerInnen sind sich bewusst darüber, dass nur durch eine abgeschlossene Ausbildung und regelmäßige Arbeit im formellen Bereich ein minimaler materieller Wohlstand erreichbar ist. Dennoch taucht in den Phantasien der interviewten Jugendlichen auch immer wieder der Wunsch auf, plötzlich über finanzielle Ressourcen zu verfügen, die nicht selbst erarbeitet werden müssen. So zum Beispiel wünscht sich ein 16-jähriger Junge Geld, um ein eigenes Unternehmen zu gründen oder ein 15-jähriges Mädchen wünscht sich, dass ihr bei Erreichen der Volljährigkeit eine Wohnung geschenkt wird. Ein bereits volljähriger junger Mann spricht davon, einen Kredit aufzunehmen, um sich eine Wohnung kaufen zu können, doch ist ihm auch bewusst, dass er dafür einen Arbeitsplatz braucht, an dem er mehr verdient, und dass er lange Jahre mit der Rückzahlung des Kredits beschäftigt sein wird. Ob eine Kreditaufnahme angesichts seiner gegenwärtigen prekären Beschäftigungssituation möglich ist, ist jedoch in Frage zu stellen.

Teilweise bereiten Kinderheim und Schule die Jugendlichen auf eine Teilhabe an der Gesellschaft vor, aber in keinerlei Weise erfahren die Jugendlichen, was es heißt, politisch und zivilgesellschaftlich zu partizipieren. Die Rechte der Kinder werden theoretisch gelehrt, doch nicht durch Einüben im Kinderheim oder in der Schulklasse für die Jugendlichen erlebbar und erfahrbar gemacht.

Die von Armut betroffenen Jugendlichen verfügen wie die ukrainische Gesellschaft allgemein über wenig soziales Vertrauen. Sie zweifeln an der Integrität ihrer Mitmenschen und grenzen sich stark von Ärmern wie auch von wohlhabenderen Jugendlichen ab. Solidarität besteht nur innerhalb der eigenen kleinen Gruppe, doch befähigt diese nicht zum gemeinsamen politischen Handeln.

Die von Armut betroffenen Jugendlichen in der Ukraine sind auf zweifache Art machtlos: Sie sind 1. arm und 2. jugendlich. Die Gruppenzugehörigkeiten zu Armen und Jugendlichen – obwohl beide Gruppen zahlenmäßig durchaus keine Minderheit in der Bevölkerung darstellen – bedingen ihre Interessenslage gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, doch werden diese Interessen nicht artikuliert. Man beschränkt sich darauf, den eigenen Interessen im informellen Bereich oder eben gar nicht nachzukommen. Obwohl die Jugendlichen die Machtverteilung in ihrer unmittelbaren Lebenswelt, dem Kinder-

heim, in Frage stellen, vermeiden sie jede Art von aufeinander abgestimmtem Handeln, um diese zu verändern. Sie sehen sich in der Position der Abhängigen und Ohnmächtigen, die als Reaktion auf ihren Widerspruch und ihre Oppositionsergreifung das Privileg, in einem nichtstaatlichen anstatt in einem staatlichen Heim aufwachsen zu können, verlieren könnten.

Das staatliche Internatssystem in der Ukraine entspricht nach wie vor dem sowjetischen Modell und ist finanziell schlecht ausgestattet. In Heimen, in denen mindestens 150 Kinder und Jugendliche leben, ist die Erziehung nach wie vor am Kollektiv orientiert. Es werden in staatlichen Heimen kaum alltagsökonomischen Grundkompetenzen wie Kochen, Wäschewaschen oder Aufräumen vermittelt. Das nichtstaatliche Heim in Charkiw, in dem ich die Feldforschung durchführte, unterschied sich grundsätzlich von den staatlichen Kinderheimen. Dieses nichtstaatliche Kinderheim wird von einer Charkiwer Nichtregierungsorganisation geführt und im Wesentlichen materiell und mit Know-How von einer europäischen Partnerorganisation unterstützt.

Während des Zeitraums der Feldforschung lebten dort insgesamt 25 Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 18 Jahren. Im Kinderheim befanden sich drei verschiedene Einrichtungen: ein Kinderheim für Waisenkinder, ein Kinderzentrum für geistige und intellektuelle Entwicklung und eine Wohltätigkeitskantine für Kinder. Zusätzlich werden einige Zimmer als Jugendheim geführt, damit die Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, weiter betreut und bei der Fortsetzung der Ausbildung oder beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt werden können. Durch das Kinderzentrum und die Wohltätigkeitskantine kommen täglich Kinder und Jugendliche aus der Umgebung ins Haus, wodurch die HeimbewohnerInnen auch Kontakte zu Gleichaltrigen außerhalb des Heims pflegen können. Das Kinderzentrum bietet zahlreiche kostenlose Kurse für verschiedene Altersstufen an: Sprachunterricht Englisch und Deutsch, kreatives Gestalten und Zeichnen, Sport (Kickboxen, Aerobic, Tanz, Bodybuilding, Gymnastik, Akrobatik), Handwerk (Flugzeugmodellbau), Arbeiten am Computer, Kochen und Servieren.

In die Kantine kommen Kinder und Jugendliche aus der Umgebung, deren Eltern (oftmals alleinerziehende Mütter) aufgrund von Armut eine ausgewogene Ernährung ihrer Kinder nicht sicherstellen können. Manchmal holen auch Eltern oder Großeltern Grundnahrungsmittel in der Wohltätigkeitskantine ab. Im Kinderheim wird außerdem eine Schulklasse für die ersten

vier Schulstufen geführt. Ab der 5. Schulstufe besuchen die HeimbewohnerInnen eine nahe gelegene öffentliche Schule bis zur 9. oder 11. Schulstufe. Jene Kinder und Jugendlichen, die aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten oder Konzentrationsstörungen nicht in eine Schulklasse integriert werden können, bekommen im Heim Einzelunterricht. Am Nachmittag haben die HeimbewohnerInnen die Möglichkeit, unter Betreuung einer Erzieherin ihre Hausaufgaben zu machen und zu lernen. Ihre Freizeit verbringen die meisten Kinder und Jugendlichen aktiv, indem sie die im Heim angebotenen Kurse besuchen. Darüber hinaus haben sie die Verpflichtung, täglich bei der Hausarbeit im Heim mitzuhelfen, indem sie bestimmte Dienste übernehmen (Speisen von der Küche in den Speisesaal bringen, nach dem Abendessen die Tische abwischen, den Boden aufwischen und ähnliches).

Betreut werden die HeimbewohnerInnen von mehreren ausgebildeten PädagogInnen und HelferInnen. Für Ernährungs- und Gesundheitsfragen sind eine Ärztin und eine Krankenschwester zuständig. Insgesamt sind hauptsächlich Frauen in der Erziehungsarbeit tätig. Die männlichen Jugendlichen haben nur wenige gleichgeschlechtliche erwachsene Ansprechpartner und männliche Vorbilder zur Verfügung. Kontakt zu den Eltern oder Großeltern bzw. anderen Verwandten haben die HeimbewohnerInnen nur wenig. Es ist eher der Ausnahmefall, dass Jugendliche über das Wochenende zu ihrer Familie fahren können oder von Großeltern im Heim besucht werden. In den meisten Fällen sind Besuche von Verwandten unregelmäßig, selten und manchmal mit unangenehmen Zwischenfällen verbunden. Trotz der im Vergleich zu staatlichen Internaten sehr guten Ausstattung und Betreuung der Jugendlichen muss gesagt werden, dass die Jugendlichen nur im Ausnahmefall ihre Wünsche gegenüber Erzieherinnen oder Direktorin artikulieren, da sie Angst vor Bestrafung haben. Umgekehrt brechen sie aber regelmäßig die Regeln, allerdings selten offen, sondern im Geheimen, wenn es von den Erzieherinnen nicht bemerkt wird. Der Mangel an sozialem Vertrauen, die Angst vor Kontrolle und das regelmäßige »Abtauchen« in die Informalität bedingen sich gegenseitig.

Die Makroebene

In der Ukraine ist das Auseinanderklaffen von formellen und informellen Strukturen sowie die Durchdringungen aller Bereiche des Systems von Korruption der Hauptgrund für eine ständige Reproduktion von Armut auf der Makroebene. Wurde in der Transformationsforschung ursprünglich davon ausgegangen, dass die wirt-

schaftliche Transformation die Hauptursache für den allgemeinen Verfall des Lebensstandards der Bevölkerung war, zeigt sich mittlerweile, dass die Verflechtung von politischen und ökonomischen Eliten zu einer Politik geführt hat, die armutsverursachende Strukturen begünstigt. Problematisch ist die Größe und Ausbreitung der Korruption. Es gibt kaum Inseln der Integrität, an die sich von Armut betroffene Menschen wenden können. Korruption schränkt die BürgerInnenrechte Armer wesentlich ein, da es ihnen nicht möglich ist, die Durchsetzung ihrer Interessen zu erkaufen.

Die von Armut betroffenen Jugendlichen bauen im Bildungssystem darauf, dass man sich von ihnen aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen Ressourcen keine Bestechungsgelder erwartet und ihnen aus Mitleid entgegenkommt. Insgesamt sind sie aber dem System »ausgeliefert«. Richtet man den Blick darauf, dass Armut durch eine Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten gekennzeichnet ist, so bedeutet Jugendarmut in der Ukraine, die eigenen Fähigkeiten zur politischen und zivilgesellschaftlichen Teilnahme nicht ausprägen zu können, keine Erwartungen an den Staat sowie Angst vor Behörden und PolitikerInnen zu haben, Ungerechtigkeiten hinzunehmen, eigene Interessen nicht zu vertreten oder diese ganz zu verleugnen und damit armutsproduzierende und -reproduzierende Strukturen aufrechtzuerhalten, die einem selbst zum Nachteil gereichen.

Trotz der vorhandenen Netzwerke im informellen Bereich – welche beweisen, dass Arme die Fähigkeit zur Selbstorganisation haben – kommt es zu keiner zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation von Armen, die eine öffentliche Wirkung hätte und Armut aus der Informalität heben könnte. Nicht zu vertrauen und Versprechungen von politischer Seite keinen Glauben zu schenken, ist eine Verarbeitungsstrategie, die die von Armut Betroffenen vor Enttäuschungen schützt. Geschürte Hoffnungen, die wieder zerschlagen werden, führen zu einer emotionalen Ablehnung von Politik und PolitikerInnen. Insofern steht nicht nur die Armut an Gütern, sondern auch die emotionale Dimension von Armut in einem Zusammenhang mit der Nichterfüllung politischer Verantwortlichkeiten.

Zusätzlich isoliert die Zuschreibung von abweichendem und kriminellen Verhalten die Jugendlichen sozial. Es ist das Zusammenwirken eingeschränkter Partizipationsmöglichkeiten in allen Sphären, die die Chancen zur Ausprägung der politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipationsfähigkeiten der von Armut betroffenen Jugendlichen vermindern. Die Mesoebene reproduziert die Machtstrukturen auf der Makroebene,

indem sie sich das Ziel gesetzt hat, die Jugendlichen in die Gesellschaft zu integrieren, sie wieder einzugliedern, nicht aber, sie zu einer Veränderung der Gesellschaft zu ermutigen. Damit trägt die Mesoebene durch ihr Erziehungssystem dazu bei, dass die Jugendlichen letztendlich selbst die Aufrechterhaltung ungerechter und armutsproduzierender Systemstrukturen unterstützen. Arme tun das, in dem sie nicht zivilgesellschaftlich partizipieren, aus Angst vor weiteren Nachteilen nichts einfordern und in der Ökonomie die ihnen zugewiesene Rolle als zeitweilige Hilfsarbeiter einnehmen. Es fällt auf, dass die von Armut betroffenen Jugendlichen sich sowohl von den Erziehungsinstanzen als auch von Seiten des Staates bedroht fühlen, sobald sie anfangen, offen ihre Meinung zu äußern. Von politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation nehmen die Jugendlichen Abstand, weil sie glauben, ermordet zu werden, sobald sie gegen das politische Establishment auftreten. Von Seiten der Erziehungsinstanzen rechnen sie mit »Rauswurf«, sobald sie zu offen und zu laut in Opposition gehen. Da sie von den Erziehungsinstanzen existenziell abhängig sind, würde ein Rauswurf ein Ende aller Zukunftsperspektiven bedeuten. Der Partizipationswille und die Partizipationsverweigerung, die auf ganz spezifische Weise von Seiten der Jugendlichen signalisiert werden, werden weder auf der Mesoebene noch auf der Makroebene ernst genommen.

Resümee

Aus den Aussagen der Jugendlichen geht hervor, dass sie sich mehr Kontakt zu ihren Familien und bessere Lebensbedingungen für ihre Angehörigen wünschen. Die emotionale Dimension der Armut muss deshalb als Faktor für den Erfolg jeder Armutsminderungspolitik beachtet werden. Armutsminderungspolitik müsste direkt bei den Familien mit sozialen Problemen ansetzen und präventiv wirken. Dass die meisten jugendlichen ForschungsteilnehmerInnen Kinder alleinerziehender Mütter sind, bestätigt, dass Frauen und ihre Kinder die VerliererInnen der Transformation in der Ukraine sind. Es kann daraus abgeleitet werden, dass vor allem Alleinerzieherinnen mehr Unterstützung benötigen, die jedoch nicht nur in Form von höheren finanziellen Transferleistungen erfolgen muss, sondern auch immaterielle Unterstützungen für deren Kinder umfasst. Wirksame Armutsminderungspolitik für Jugendliche in der Ukraine beginnt bei der Sicherung einer ausgewogenen Ernährung und endet bei der Stärkung und Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen und politischen Partizipationsfähigkeiten. Korrupte politökonomische Eliten streben danach, den Status quo

aufrechtzuerhalten und setzen dabei auf die hilflosen Versuche Armer, trotzdem irgendwie zu überleben. Es handelt es sich hierbei nicht um eine bewusst gewählte politische Strategie der Elite, wohl aber um eine nicht beabsichtigte Folge des Transformationsprozesses, die

zu beheben aber nicht oberste Priorität der politischen Elite ist. Wirksame Armutsminderungspolitik beruht deshalb in der Ukraine nicht nur auf einer Umverteilung von Reichtum, sondern auch auf einer Umverteilung von Macht.

Über die Autorin:

Dr. Nadja Lobner war als DOC-team-Stipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften von 2005 bis 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Ethik und Armutsforschung und Doktorandin am Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Salzburg. In diesem Kontext führte sie die Feldforschung im Kinderheim durch. Von März bis August 2008 war sie als Gastforscherin der Österreichischen Forschungsgemeinschaft an der Karazin-Universität, Charkiw.

Lesetipps:

Lobner, Nadja (2008), Wirklich arm sind die anderen. Partizipative Armutsforschung mit Jugendlichen. Eine interdisziplinäre, empirische Studie auf politikwissenschaftlicher Basis. Salzburg: Dissertation.

Dokumentation

Jugendarmut und sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau im internationalen Vergleich

Jugendarmut

Jugendliche, als Altersgruppe der 15 bis 25-Jährigen zählen mit 1,2 Mrd. Menschen neben der Altersgruppe der Kinder (1,8 Mrd.) zur größten Bevölkerungsgruppe der Welt, die zusammen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen. Die Armut, in der rund 700 Mio. Jugendliche weltweit leben, hat ihre Wurzeln meistens in Kinderarmut und diese wiederum in der Armut ihrer Eltern, wobei sie sich aufgrund der besondere Bedürfnisse und Handlungsziele von Jugendlichen erheblich von der Eltern- und Erwachsenenarmut sowohl im Ausmaß als auch in der Qualität unterscheidet. Dabei ist es wichtig, über den Faktor des Einkommens hinaus die Lebenslage und die Verwirklichungschancen der Fähigkeiten Jugendlicher zu beachten, um Jugendarmut durch Strategien nachhaltig mindern zu können.

Besondere Differenzfaktoren bei der Jugendarmut sind einerseits das Lebensumfeld von Stadt bzw. Land, da Jugendliche von Armut in ländlichen Gegenden stärker betroffen sind als Jugendliche in urbanen Zentren. Der zweite prägende Differenzfaktor von Jugendarmut ist das Geschlecht. Besonders junge, arme Frauen bedürfen des Schutzes vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch, Genitalverstümmelung, Inzest und Prostitution. Frauen sind außerdem auf Grund größerer Einkommensbenachteiligung und Arbeitslosigkeit stärker von Armut betroffen als junge Männer. Um Diskriminierung auf Grund von Stereotypen zu vermeiden ist die Beachtung des Genderfokusses relevant, um umfassende und nachhaltige Strategien zur Armutsminderung zu erreichen.

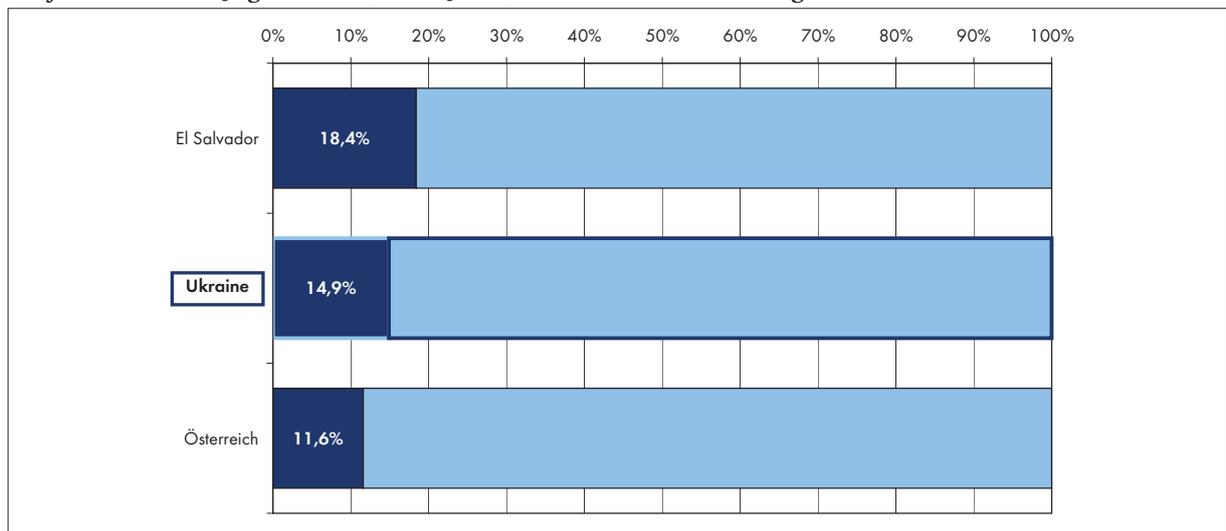
Generell kann gesagt werden, dass Jugendarmut ein Konglomerat von (weniger) individuellen und (mehrheitlich) sozio-strukturellen Ursachen ist, die oft im Zusammenhang mit intergenerationaler und chronischer Armut besteht. Wie sie sich statistisch in den Ländern, die im Kontext des Forschungsprojektes untersucht wurden, darstellen, zeigen die folgenden Tabellen und Grafiken.

Tabelle 1: Jugendliche im demographischen Vergleich nach Ländern

	Jugendliche Bevölkerung nach Alter und Geschlecht (in Tausend)						Jugendliche (15–24) (in Tausend)	% der Gesamtbevölkerung	Änderung (1995– 2015)
	männlich			weiblich					
	15–19 Jahre	20–24 Jahre	15–24 Jahre	15–19 Jahre	20–24 Jahre	15–24 Jahre			
El Salvador	338	302	640	332	301	633	1.273	18,4 %	10,8 %
Ukraine	1.701	1.926	3.627	1.624	1.852	3.476	7.103	14,9 %	-49,1 %
Österreich	251	265	516	239	257	496	1.012	11,6 %	-5,6 %

Quelle: UNO / DESA (2007), World Youth Report 2007. Young People's Transition to Adulthood. Progress and Challenges. New York, 255f; www.un.org/esa/socdev/unyin/wyr07 [12.2.2008]

Grafik 1: Anteil von Jugendlichen (15–24 Jahre) an der Gesamtbevölkerung 2007



Grafik 2: Geschätzte Änderung des Anteils von Jugendlichen (15–24 Jahre) an der Gesamtbevölkerung 1995–2015

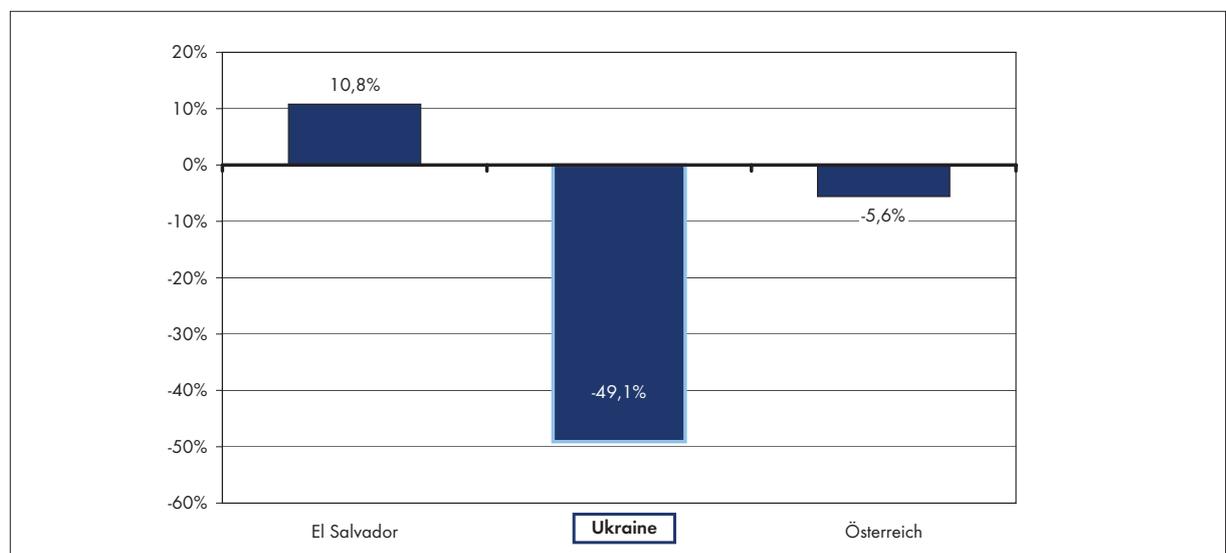


Tabelle 2: Jugendliche in Armut im Vergleich nach Ländern

Land	HDI	Jahr	Bevölkerung in Armut (%)		Jugendliche (in Tausend)	Gesamt- bevölkerung (in Tausend)	Jugendliche in Armut (geschätzt) (in Tausend)	
			Extreme Armut: US-\$ 1/ Tag	Armut: US-\$ 2/ Tag			Extreme Armut: US-\$ 1/ Tag	Armut: US-\$ 2/ Tag
El Salvador	101	2002	19,0 %	40,6 %	1.340	7.116	255	544
Ukraine	77	2003	2,0 %	4,9 %	7.111	45.509	142	384
Österreich	14	–	–	–	978	8.218	–	–

Quelle: UNO / DESA (2007), *World Youth Report 2007. Young People's Transition to Adulthood. Progress and Challenges*. New York, 291f; www.un.org_esa_socdev_unyin_wyr07 [12.2.2008]

Human Development Index

Die Tendenz, Armut ganzheitlich zu verstehen, führte in den 1990er Jahren zur Entwicklung des breiter angelegten *Human Development Index (HDI)* durch Mahbub Ul Haq und Amartya Sen. Amartya Sens Fähigkeiten-Ansatz stellt ein Konzept dar, welches die soziale Dimension menschlicher Entwicklung im Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung zu erfassen sucht. Sen interpretiert Entwicklung nicht als Maximierung des Einkommens, sondern als Erweiterung menschlicher Fähigkeiten und Möglichkeiten. Somit gilt nicht allein das Einkommen als Indikator für Armut, sondern rückt die grundlegende Freiheit, ein lebenswertes Leben zu leben, in den Vordergrund. Ein besonderer Vorteil des HDI ist seine internationale Anwendung. Die Vereinten Nationen verwenden den HDI zur Bewertung der Lage einer Nation, zudem orientieren sich inzwischen auch die Weltbank und die OECD in zunehmendem Ausmaß am HDI.

Im Jahr 2005 betrug der Human Development Index für die Ukraine 0,788. Im Länderranking lag die Ukraine damit an 76. Stelle von 177 Ländern. An 75. Stelle lag Kolumbien, an 77. Stelle Samoa, an 78. Stelle Thailand:

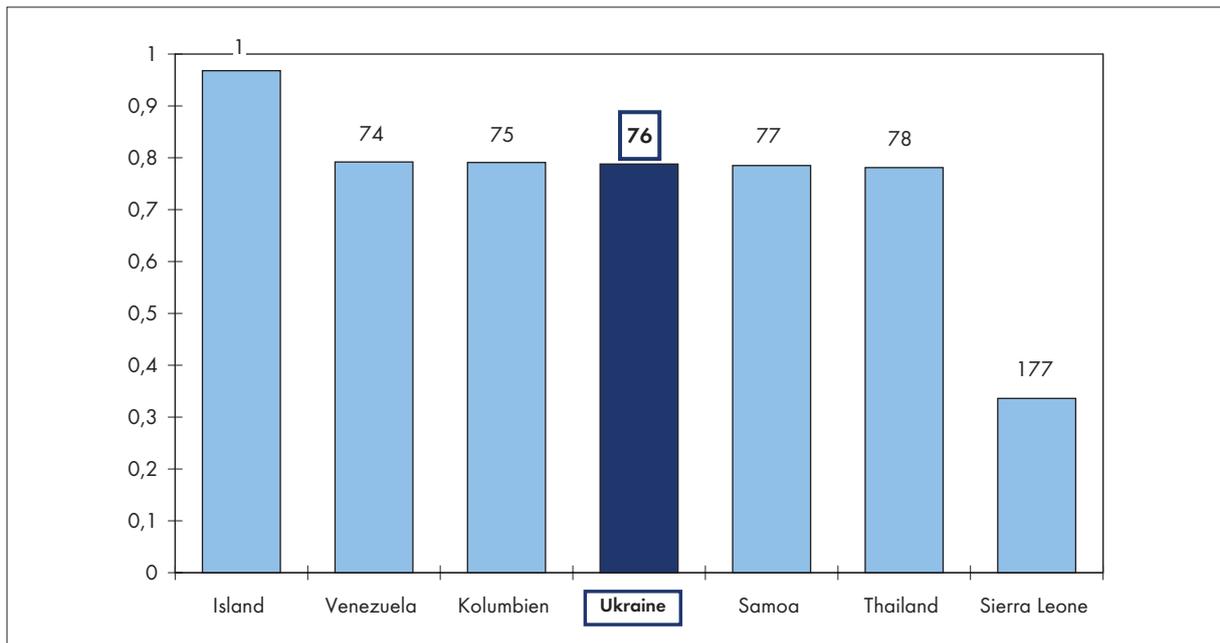
Tabelle 3: HDI Ukraine 2005

HDI Wert	Lebenserwartung bei Geburt in Jahren	Alphabetisierungsrate (Anteil an den über 15-jährigen)	Ausbildungsrate für Schule und weiterführende Ausbildung einschließlich Hochschulen (%)	BIP pro Kopf (in US-Dollar zu Kaufkraftparität)
1. Island (0,968)	1. Japan (82,3)	1. Georgien (100,0)	1. Australien (113,0 %)	1. Luxemburg (60.228)
74. Venezuela (0,792)	108. Fiji (68,3)	9. Tadschikistan (99,5)	37. Singapur (87,3 %)	83. Bosnien und Herzegowina (7.032)
75. Kolumbien (0,791)	109. Grenada (68,2)	10. Russland (99,4)	38. Polen (87,2 %)	84. Gabon (6.954)
76. Ukraine (0,788)	110. Ukraine (67,7)	11. Ukraine (99,4)	39. Ukraine (86,5 %)	85. Ukraine (6.848)
77. Samoa (0,785)	111. Aserbaidshan (67,1)	12. Armenien (99,4)	40. Bahrain (86,1 %)	86. China (6.757)
78. Thailand (0,781)	112. Malediven (67,0)	13. Moldowa (99,1)	41. Bolivien (86,0 %)	87. Saint Lucia (6.707)
177. Sierra Leone (0,336)	177. Sambia (40,5)	139. Burkina Faso (23,6)	172. Niger (22,7 %)	174. Malawi (667)

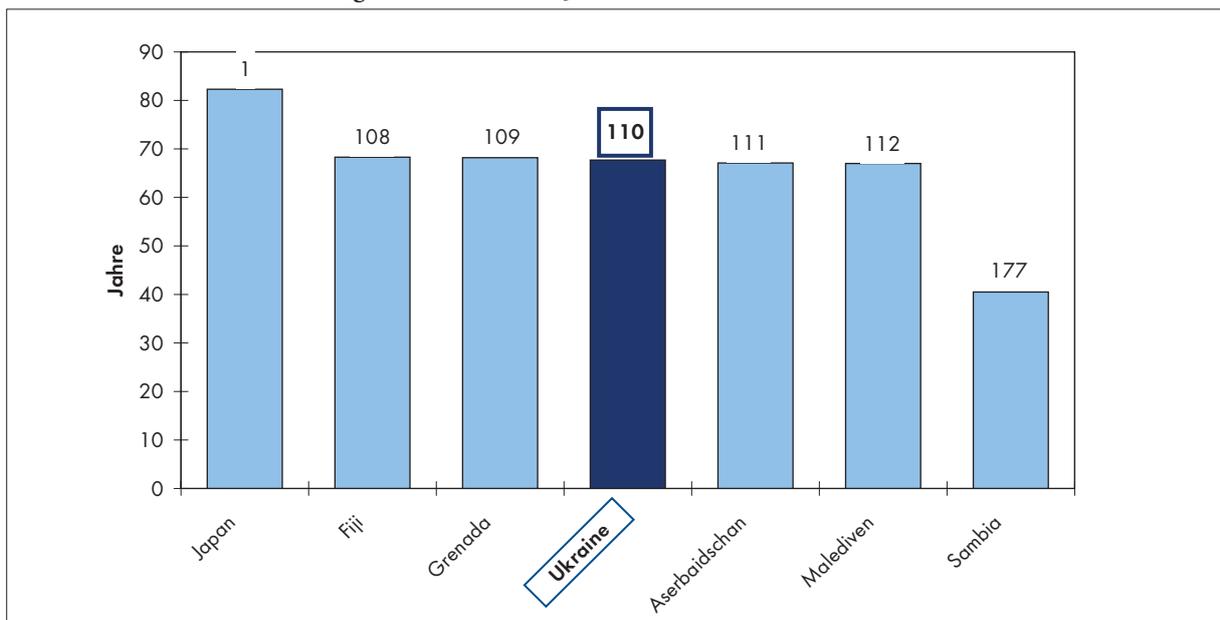
Quelle: *Human Development Report 2007/08 – Country fact sheets – Ukraine*.
http://hdrstats.undp.org/countries/country_fact_sheets/cty_fs_UKR.html [11.02.2008]

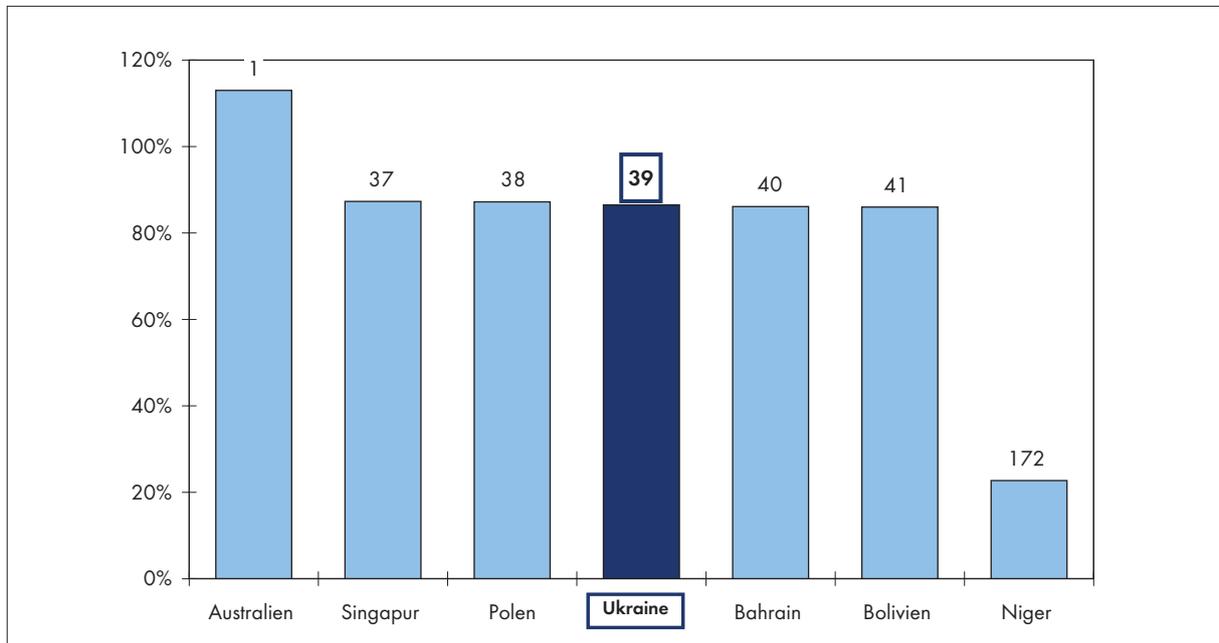
Wie Tabelle 3 zeigt, nahm die Ukraine 2005 im HDI-Länderranking nach Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate und Ausbildungsrate sehr unterschiedliche Positionen ein. Wie auch in anderen post-sowjetischen Staaten war und ist die Alphabetisierungsrate in der Ukraine sehr hoch, was auf das aus der sowjetischen Phase übernommene Bildungssystem zurückzuführen ist. Die Lebenserwartung der UkrainerInnen war im Ländervergleich sehr niedrig und entsprach dem der Entwicklungsländer. Der HDI variiert in der Ukraine außerdem stark nach Regionen. In der Hauptstadt Kiew war der HDI mit 0,71 am höchsten, im Gebiet Lugansk mit 0,46 am niedrigsten. Im Gebiet Kharkow lag der HDI zwischen 0,55 und 0,70.

Grafik 3: HDI: Wert



Grafik 4: HDI: Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren



Grafik 5: HDI: Ausbildungsrate für Schule und weiterführende Ausbildung einschließlich Hochschulen


Der Gender Related Development Index (GDI) der Ukraine entsprach 2005 mit 0,785 ungefähr dem HDI. Im internationalen Vergleich lag die Ukraine damit an 44. Stelle von 156 gereihten Staaten. Wesentliche Ursache hierfür ist, dass die Lebenserwartung von Frauen in der Ukraine relativ hoch war und ist, vor allem wesentlich höher als jene der Männer.

Tabelle 4: GDI – Gender Related Development Index 2005

GDI als % des HDI	Lebenserwartung bei Geburt in Jahren Frauenanteil als % des Männeranteils	Alphabetisierungsrate (Anteil an den über 15-jährigen) Frauenanteil als % des Männeranteils	Ausbildungsrate für Schule und weiterführende Ausbildung einschließlich Hochschulen (%) Frauenanteil als % des Männeranteils
1. Malediven (100,4 %)	1. Russland (123,1 %)	1. Lesotho (122,5 %)	1. Vereinigte Arabische Emirate (126,0 %)
42. Albanien (99,6 %)	2. Belarus (119,4 %)	47. Armenien (99,5 %)	99. Botswana (101,6 %)
43. Griechenland (99,5 %)	3. Ukraine (118,8 %)	48. Qatar (99,4 %)	100. Malediven (101,6 %)
44. Ukraine (99,5 %)	4. Kasachstan (118,1 %)	49. Ukraine (99,4 %)	101. Ukraine (101,5 %)
45. Kanada (99,5 %)	5. Estland (117,2 %)	50. Venezuela (99,4 %)	102. Paraguay (101,4 %)
46. Israel (99,5 %)	6. Litauen (116,7 %)	51. Samoa (99,4 %)	103. Bangladesch (101,2 %)
156. Jemen (92,7 %)	194. Niger (96,9 %)	152. Afghanistan (29,2 %)	194. Afghanistan (55,3 %)

Quelle: Human Development Report 2007/08 – Country fact sheets – Ukraine. http://hdrstats.undp.org/countries/country_fact_sheets/cty_fs_UKR.html; [11.02.2008]

Kommentar

Pluralität der Erinnerung

Von Andrij Portnov, Zeitschrift *Ukraina Moderna*, Lwiw

Die postsowjetische Ukraine ist zu einem guten Teil ein Produkt des Zweiten Weltkrieges. Durch den Krieg vergrößerte sich das Territorium der Ukraine (damals Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik) um Ostgalizien, Wolhynien, die Südbukowina und Transkarpatien, die in der Zwischenkriegszeit zu Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei gehört hatten. Während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren änderte sich auch die Bevölkerungsstruktur des Landes dramatisch. Der Genozid der Nationalsozialisten an den Juden, die Übergriffe der UPA (*Ukrainska Powstanska Armija*, Ukrainische Aufstandsarmee) auf die polnische Bevölkerung und der sowjetisch-polnische »Bevölkerungsaustausch« führten dazu, dass Ostgalizien und Wolhynien fast monoethnisch ukrainisch wurden. Alle Gebiete, die heute zur Ukraine gehören, waren mehrere Jahre lang von den Nationalsozialisten okkupiert. Darauf folgten die traumatische Erfahrung der Wiederherstellung der Sowjetherrschaft und die Etablierung sowjetischer Regeln und Praktiken in Politik und Gesellschaft. Daher ist der Krieg heute Ausgangspunkt aller Debatten über die Identität der Ukraine.

In den Debatten dominiert die Metapher der »zwei Ukrainen«. Sie fand in der Orangefarbenen Revolution großen Anklang und stellt für viele inzwischen ein beinahe universelles Erklärungsmuster dar. Auch die internationalen Massenmedien berichten oft und gern über die zivilisatorisch »tief gespaltene« Ukraine, deren »proeuropäischer« Westen gegen den »russlandfreundlichen, marktfeindlichen« Osten kämpfe. Dadurch hat sich sowohl in den ausländischen als auch in den ukrainischen Medien die Auffassung durchgesetzt, die gesamte russischsprachige Bevölkerung der Ukraine sei russlandfreundlich und marktfeindlich, was jedoch nicht zutrifft.

Die These von den »zwei Ukrainen« hat die Bandbreite der politischen Wahlmöglichkeiten vermeintlich verengt. Die Dichotomie verdeckt den Blick auf die Vielfalt der Regionen in der Ukraine. Verdrängt wurde dadurch unter anderem die überaus interessante Tatsache, dass die blau-gelbe Flagge in den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 2004 von allen Lagern als parteiübergreifendes Symbol aufgenommen wurde, es demnach zu einer Akzeptanz der Flagge durch Bevölkerungsgruppen kam, die sie früher mit »Nationalismus« assoziiert hatten. Die gelb-blaue Flagge war erstmals in

der Ukrainischen Volksrepublik, die vom 22. März bis 29. April 1918 bestand, Staatssymbol. Der anschließend durch einen Staatsstreich gegründete Ukrainische Staat drehte die Reihenfolge der Farben um und erhob die blau-gelbe Flagge zur Nationalfahne. Beide Regierungen galten in der sowjetischen Tradition als nationalistisch. Der Mythos von den »zwei Ukrainen« wurde von intellektuellen Kreisen, insbesondere von Mykola Rjabtschuk und Jurij Andruchowytch, Anfang der 1990er Jahre erstmals formuliert. Sie unterschieden zwischen einer national bewussten und einer »kreolischen« Ukraine, wobei erstere die angestrebte Norm darstellte. Diese Gegenüberstellung machte aus den russischsprachigen Ukrainern die Anderen. Zur Unterscheidung der beiden Ukrainen dient laut Volodymyr Kulyk einzig das Kriterium der Sprache. Den Unterschieden innerhalb der beiden Gruppen schenken die Befürworter der These von den »zwei Ukrainen« keine Beachtung.

Jaroslav Hrycak hat zu Recht darauf hingewiesen, dass regionale Unterschiede in einem so großen Land wie der Ukraine selbstverständlich seien und dass man mehr als nur zwei Ukrainen unterscheiden könne. Zudem reiche die Gegenüberstellung von lediglich zwei geographischen und politischen Extremen – Lwiw und Donezk – nicht aus, um Schlussfolgerungen für das gesamte Land zu ziehen. In empirischen Untersuchungen fand Hrycak heraus, dass sich die Mehrheit der Lwiwer Bevölkerung zwar politisch gegen alles Sowjetische ausspricht, viele Menschen jedoch die sowjetischen paternalistischen sozialen und ökonomischen Werte verinnerlicht haben und nach wie vor pflegen. So zeigen Umfragen aus den Jahren 2004 und 2006, dass sich die Befragten sowohl in Lwiw als auch in Donezk allgemein für eine Umverteilung der Einkommen aussprechen, um die soziale Ungleichheit abzubauen, und dass viele Menschen sehr hohe Erwartungen an den Staat haben, was soziale Sicherheit angeht. Demnach ist »sowjetisch sein« – unabhängig davon, ob es positiv oder negativ bewertet wird – kein Charakteristikum einer bestimmten Region der Ukraine, auch wenn die Meinungen über die Sowjetunion und die Russische Föderation im Osten und im Westen des Landes stark auseinandergehen mögen.

Auch wenn die Metapher von den »zwei Ukrainen« in gewissen Bereichen ihre Berechtigung hat, ist sie höchst problematisch. Durch vereinfachende Darstellungen und die Instrumentalisierung für politi-

sche Zwecke entstand das Bild zweier klar abgegrenzter, geschlossener und antagonistischer Gruppierungen in der Ukraine. Der Analyserahmen, den das Bild von den »zwei Ukrainen« vorgibt, ist allerdings zu eng, um die Realität zu erfassen. Auch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg lässt sich nicht in ein dichotomes Schema pressen, sondern ist je nach Region und persönlicher Erfahrung unterschiedlich.

Die Koexistenz ideologisch gegensätzlicher und auf den ersten Blick unvereinbarer Denkmäler, die unterschiedliche Auffassungen von der ukrainischen Geschichte widerspiegeln (allen voran die sowjetische und die ethnozentrierte), ist eine Besonderheit der modernen Ukraine. In Kiew gibt es etwa neben der *Mutter-Heimat* auch das Ensemble von Babij Jar, in Lwiw wurde kürzlich ein Denkmal für den braven Soldaten Schwejk enthüllt, und in Dnipropetrowsk stehen Dutzende Denkmäler für die Sowjetsoldaten.

Die regionalen Machtapparate, die aufgrund des zentralisierten politischen Systems mit wenig Kompetenz ausgestattet sind, haben im Denkmalsbau ein dankbares Betätigungsfeld gefunden. Welche Position einzelne Politiker beziehen, hängt häufig von ihren persönlichen machtpolitischen Erwägungen ab. Im Unterschied zu anderen südukrainischen Städten wurden im Zentrum von Odessa Anfang der 1990er Jahre systematisch alle Lenin-Denkmäler entfernt. Eine zentrale Straße wurde sogar nach dem Oberkommandierenden der UPA, Roman Schuchewytsch, benannt. All dies ging auf die Initiative des Bürgermeisters Eduard Hurvic zurück. Interessanterweise regte derselbe Hurvic 2007 an, ein Denkmal für Zarin Katharina II. wieder aufzustellen. Die Figur von Katharina II ist in der ukrainischen nationalen Geschichtsschreibung negativ besetzt, da sie die Leibeigenschaft eingeführt und den »Kosakenstaat« Zaporosher Sitsch aufgelöst hatte.

Die Existenz mehrerer regionaler Zentren mit jeweils eigenen Geschichtsbildern sorgt für einen gewissen Pluralismus in der Öffentlichkeit und verhindert, dass eines dieser Bilder in der gesamten Ukraine dominiert. Die gesellschaftliche Stabilität wird gerade dadurch aufrechterhalten, dass es keine konsequente staatliche Denkmalpolitik gibt. Dieser Pluralismus entsteht aus der Wechselwirkung unterschiedlicher Geschichtsbilder, von denen jedes für sich genommen recht einseitig und autoritär ist. Die Politik zeichnet sich seit der Unabhängigkeit des Landes nicht durch langfristige Planung und feste Strategien, sondern durch situative Reaktionen aus. Das differenzierteste Nationsbild ist in Schulbüchern für den Geschichtsunterricht zu finden. Allerdings ist auch hier der Versuch, den Begriff *Großer Vaterländischer Krieg* zu vermeiden, fehlgeschlagen. Selbst ein »hundertprozentig richtig« verfasstes Lehrbuch stößt im Schulalltag auf einen pluralistischen Hintergrund. Massenmedien, die Schule und nicht zuletzt die Lehrer mit ihren persönlichen Überzeugungen vertreten jeweils unterschiedliche Positionen.

Es ist ungemein schwierig, die Identität der Bürger der Ukraine, die das ethnonationale Muster ablehnen, genau zu benennen, allein schon wegen ihrer dynamischen Selbstreflexion. Einzelne Elemente des sowjetischen Mythos, des Populismus und der Nostalgie, die man in Anlehnung an John-Paul Himka vorsichtig als »postsowjetische« Identität bezeichnen könnte, stellen eine recht amorphe Alternative zum nationalen Muster dar. Sie bilden eine schwer fassbare Mischung aus Vorstellungen, deren einzige Konstante das schwache Interesse an nationalen Fragen und die prinzipielle Ablehnung eines exklusiven, ethnischen Nationalismus bilden. Die Suche nach einer historisch fundierten Legitimation der Ukraine dauert an.

Aus dem Ukrainischen von Claudia Dathe, Jena

Über den Autoren

Dr. Andrij Portnov ist Redakteur der Zeitschrift *Ukraina Moderna*.

Lesetipp

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift *OSTEUROPA* Heft Nr. 6/2008.

Analyse

»Nationalukrainischer Befreiungskampf« Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine

Von Wilfried Jilge, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. Leipzig

Zusammenfassung

Solange die Ukraine zur Sowjetunion gehörte, bestimmten die Symbole und Praktiken des Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg* das Gedenken an den Krieg. Seit der Unabhängigkeit verändert sich die ukrainische Erinnerungskultur. Zwar bleibt der Zweite Weltkrieg ein zentrales Thema. Doch Nationalhistoriker deuten ihn aus nationalukrainischer Sicht neu. In den Mittelpunkt der staatlichen Geschichtspolitik und der öffentlichen Erinnerungskultur rückt der Untergrundkampf der »Organisation der Ukrainischen Nationalisten« (OUN) und der »Ukrainischen Aufstandsarmee« (UPA). Deren Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht und die Verwicklung in den Judenmord sind in der Öffentlichkeit weitgehend tabu. Die Identitätsstiftung und Konsolidierung einer an demokratischen Werten orientierten Nation gelingen jedoch nur, wenn diese weißen Flecken der Geschichte der Nationalbewegung aufgearbeitet werden.

Einleitung

Die Ukraine war einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkrieges. Ihre Bevölkerung wurde Opfer der schlimmsten Kriegsverbrechen der deutschen Besatzungsherrschaft. Die für Staat und Gesellschaft existentielle Kriegserfahrung ist durch Zeitzeugen und deren mündliche Überlieferung in der heutigen Erinnerung der Ukrainer noch unmittelbar gegenwärtig. In der Ukraine gehört der 9. Mai, der »Tag des Sieges« der Roten Armee im *Großen Vaterländischen Krieg*, zu den bedeutendsten gesetzlichen Feiertagen. In den östlichen und südlichen Regionen, aber auch in Teilen der Zentralukraine dominieren noch immer sowjetische Rituale und Traditionen das Gedenken an den Krieg, ohne dass es in diesen völlig aufgeht. Anders ist das Bild in den galizischen und wolhynischen Gebieten der Westukraine. Hier prägt das Gedenken an den Untergrundkampf der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (*Organisazija Ukraïnskych Nazionalistiv*, OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (*Ukraïnska Powstanska Armija*, UPA) die öffentliche Denkmals- und Erinnerungskultur.

Die überwiegende Mehrheit der Ukrainer war Opfer von Krieg und Besatzungsregime. Nach unterschiedlichen Schätzungen hat die Ukraine mit fünf bis sieben Millionen oder gar mehr Menschen gewaltige Bevölkerungsverluste erlitten. Gleichzeitig war die Ukraine ein Hauptschauplatz der Vernichtung der europäischen Juden. Nationalistische Organisationen der Ukrainer, aber auch viele Bewohner kollaborierten in unterschiedlichen Perioden mit den Deutschen oder waren in die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht verstrickt. Die Aufarbeitung wird erschwert, weil die ukrainische Gesellschaft mehrere totalitäre Vernichtungs-

erfahrungen verarbeiten muss: Die Bevölkerung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (URSS) war bereits vor dem Krieg Opfer sowjetischen Terrors, besonders brutal von der Großen Hungersnot 1932/33 betroffen und erlebte im Krieg aufeinanderfolgende, wechselnde und doppelte Besatzungen.

Geschichtspolitische Kontroversen um den Zweiten Weltkrieg

Die Delegitimierung des Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg*, der seit den 1960er Jahren zum staatsfundierenden Mythos der Sowjetunion geworden war, und die Integration der neuen Sichtweise des Krieges in das nationale Geschichtsbild setzten in der Ukraine erst gegen Ende der Perestrojka ein. Damit ging eine Infragestellung des sowjetischen Systems und der Zugehörigkeit der Ukrainischen Sowjetrepublik zur Sowjetunion einher.

Die Deutung des Krieges und die damit verbundene und von Teilen der Nationalbewegung angestrebte Aufwertung von OUN und UPA waren in der Ukraine seit der Perestrojka nicht nur innenpolitisch zwischen den Anhängern der Nationalbewegung *Ruch* und der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) umstritten, sondern überlagern seit der Unabhängigkeit auch die außenpolitischen Kontroversen mit Russland etwa um die Schwarzmeerflotte und den Status der Krim.

Gleichwohl gelang es in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit verhältnismäßig zügig, die individuelle und juristisch-vergangenheitspolitische Dimension der UPA-Problematik zu lösen. In dem Gesetz »Über den Status der Kriegsveteranen und die Garantien ihres sozialen Schutzes« vom 22. 10. 1993 wurden Kämpfer der Ukrainischen Aufstandsarmee, die an den

Kampfhandlungen gegen die deutsch-faschistischen Eroberer in dem zwischenzeitlich besetzten Territorium der Ukraine in den Jahren 1941 bis 1944 teilnahmen und keine Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit begingen, ausdrücklich als »Teilnehmer an Kampfhandlungen« anerkannt und erhielten so den offiziellen Status von Kriegsveteranen. Höchst umstritten blieb aber die geschichtspolitische Dimension: die Forderung nach Rehabilitierung der Kämpfer von OUN und UPA als Kämpfer für die »Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine«. Erhoben wurde diese Forderung erstmals 1991 von Veteranen der UPA, nationalistischen Parteien und einem großen Teil der aus der Unabhängigkeitsbewegung *Ruch* hervorgegangenen nationaldemokratischen Kräfte im ukrainischen Parlament. »Organisationen der Veteranen der Ukraine«, d.h. die Vertretung der Veteranen der Roten Armee sowie linke Parteien (kommunistische Abgeordnete und Teile der Sozialistischen Partei der Ukraine/SPU), lehnten die Forderung entschieden ab, da sie in OUN und UPA meist pauschal »Verräter des ukrainischen Volkes« und Kollaborateure der deutschen Faschisten sehen. Die Frage, wie OUN und UPA einzuschätzen sind, ist bis heute eine Schlüsselfrage in den öffentlichen Kontroversen um ein nationales (Kriegs-)Geschichtsbild.

Nationale Akzentverschiebung unter Präsident Juschtschenko

Der im Januar 2005 als Präsident vereidigte Viktor Juschtschenko und die »orangefarbenen Regierungen« setzten in ihrer Geschichtspolitik deutlich stärkere nationale Akzente als dies in der späten Kutschma-Ära der Fall gewesen war. In einem wesentlichen Punkt unterschied sich Juschtschenko von seinem Vorgänger: Er ließ die ukrainischen Medien unangetastet und nutzte sie nicht zur Manipulation der regional unterschiedlichen Erinnerungskulturen. Vielmehr präsentiert er der ukrainischen Öffentlichkeit in allen Regionen ein national ausgerichtetes Geschichtskonzept: Er thematisiert die Erinnerung an »nationale Helden«, z. B. den in den russländisch-ukrainischen Beziehungen höchst umstrittenen Kosakenhetman Iwan Masepa auch bei Auftritten in den überwiegend russischsprachigen südlichen und östlichen Regionen, wo die Identifikation mit ukrainischen Helden deutlich geringer ist als im Westen des Landes.

Einer der Schwerpunkte auf der geschichtspolitischen Agenda von Präsident Juschtschenko und seinen Anhängern in der Parlamentsfraktion *Unsere Ukraine* sowie des *Blocks Julia Tymoschenko* wurde die Aufarbeitung der totalitären sowjetischen Vergangenheit. Im

Zentrum stand zunächst die staatliche Erinnerung an die Opfer der Großen Hungersnot 1932/1933 (*Holodomor*) in der Ukraine. Kristallisationspunkt wurde der vom Präsidenten ins Parlament eingebrachte und schließlich leicht modifiziert verabschiedete Gesetzesentwurf, mit dem der Holodomor als ein von der sowjetischen Führung geplanter Genozid am ukrainischen Volk anerkannt werden sollte. Auch die Rehabilitierung der OUN und der UPA als »Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine« rückte in den Mittelpunkt der offiziellen Geschichtspolitik.

Auf Initiative des Präsidenten wurde im Juli 2005 das *Ukrainskyj instytut nazionalnoi pamjati* (Ukrainische Institut des nationalen Gedenkens, UINP) gegründet. Als »zentrales Organ der exekutiven Gewalt mit speziellem Status« soll es die staatliche Geschichtspolitik fördern und popularisieren. Die im Juli 2006 beschlossenen Statuten des Instituts lesen sich wie ein Programm zur Förderung der Nationsbildung und eines ethnonationalen Geschichtsbildes. Das Holodomor-Gedenken und die »Verewigung des Gedenkens ... der Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine« bilden derzeit neben der Verbreitung von »objektiven Informationen« zur ukrainischen Geschichte den Schwerpunkt.

Am 14. Oktober 2005 unternahm die Regierung Jechanurov anlässlich des offiziellen Gründungstages der UPA erste Schritte zur Rehabilitierung und Anerkennung der Veteranen von OUN und UPA. Unter dem Vorsitz des Vizepremierministers für humanitäre Angelegenheiten, Wjatscheslaw Kyrylenko, billigte die Regierungskommission zur Untersuchung der Tätigkeit von OUN und UPA die fachliche Schlussfolgerung der Historiker-Arbeitsgruppe am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukraine. In einem Interview betonte Kyrylenko: OUN-UPA waren derjenige militärisch-politische Faktor, der unmittelbar Einfluss auf den Kampf des ukrainischen Volkes für Staatlichkeit und Souveränität nahm.

Schon hier stand nicht mehr die umfassende rechtliche Rehabilitierung der Veteranen der UPA, sondern die geschichtspolitische Legitimationsfunktion von OUN und UPA im Vordergrund.

Bereits zuvor präsentierten Historiker der Akademie der Wissenschaften und der Kiewer Universitäten die Umwertung des Kriegsgeschichtsbildes in einem Offenen Brief an die gerade eingesetzte »orangefarbene« Staatsführung. In dem Brief forderten die Historiker »eine ukrainozentrische Konzeption« der Geschichte des Krieges. Im Sinne der moralisch-ideologischen Umwertung der sozialistischen Vergangenheit stellten

sie die »ideologisierte« und »mythologisierte« sowjetische Konzeption der (eigenen) »objektiven« Forschung gegenüber. Hinter den nachvollziehbaren Warnungen vor den Nachwirkungen der sowjetischen Geschichtspromaganda trat jedoch unverhüllt die Absicht hervor, die unabhängige Ukraine durch eine Umwertung der Geschichte politisch und moralisch zu legitimieren.

Als unmittelbaren Anlass für ihr Anliegen nannten die Historiker die drohende Rückkehr der »Stalinschen-Breshnewschen Konzeption der Geschichte des Krieges« in die Geschichtsschulbücher der Ukraine, die von linken bzw. kommunistischen Kräften und dem Veteranenverband der Soldaten der Roten Armee betrieben werde. Diese dramatische Beschwörung von Gefahren für das nationale Gedächtnis war nach der späten Kutschma-Zeit und ihrer resowjetisierenden Geschichtspromaganda zwar verständlich, nach dem Sieg der »orangefarbenen« Kräfte aber weit übertrieben. Sie war jedoch geeignet, dem Problem Aufmerksamkeit zu verschaffen und sich der neuen Regierung als »Hüter der Nationalgeschichte« für weitere Aufgaben zu empfehlen.

Trotz der sich abzeichnenden nationalen Umwertung des öffentlichen Bildes von der Geschichte des Krieges räumte Präsident Juschtschenko der Versöhnung der Veteranen beider Seiten zunächst Priorität ein, um die »Eintracht« und die »Konsolidierung der Nation« in der nach der »orangefarbenen Revolution« polarisierten Gesellschaft zu fördern. Anlässlich des 60. Jahrestages des »Sieges im *Großen Vaterländischen Krieg*« rief der Präsident die Veteranen zur Versöhnung auf. Die Vorstellung vom ukrainischen Volk als einer heroischen Opfation diene als Gemeinsamkeit. Zugleich sollte das Heldentum der Millionen Ukrainer, die sowohl auf Seiten der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg als auch als Kämpfer von OUN/UPA umgekommen waren, dem nationalen Selbstbewusstsein als Quelle dienen:

Ich bin überzeugt, dass die Ukraine stolz sein soll, dass wir zu den Staaten gehören, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges gesiegt haben. Und die Menschen, die unsere Erde, die uns und unser Land vertreten haben, sind unsere Helden.

Diese öffentlich inszenierte Versöhnung hatte allerdings wenig Erfolg. Sie scheiterte u. a. deswegen, weil ein Dialog über inkompatible Kriegserfahrungen nicht kurzfristig »von oben« in Gang gesetzt werden kann. Darüber hinaus lag dem Projekt bereits eine für die offiziellen Nationalhistoriker charakteristische, aber von den sowjetischen Veteranen nicht tolerierte Prämisse zugrunde: Demnach bedurfte es nur der Reinigung der OUN/UPA-Geschichte von sowjetischen Stereotypen,

um ihren wahren Charakter als antitotalitäre Widerstandsbewegung sichtbar zu machen und ihr in breiten Teilen der Gesellschaft zu Akzeptanz zu verhelfen.

Der Zweite Weltkrieg als Teil des »Nationalen Befreiungskampfes«

Präsident Juschtschenko wies anlässlich des Gründungstages der UPA im Oktober 2006 die Regierung Janukowitsch an, die fachliche Schlussfolgerung der Historiker-Arbeitsgruppe als Ausgangspunkt zu nehmen und einen Gesetzentwurf zur Anerkennung von OUN und UPA als ukrainische Befreiungsbewegung der 1920er bis 1950er Jahre auszuarbeiten. Der Präsident wählte das in der ukrainischen Gesellschaft am meisten umstrittene Thema, um die »Konsolidierung ... der ukrainischen Nation« und die »Erneuerung des nationalen Gedächtnisses« zu fördern. Die unter Juschtschenkos politischem Rivalen Janukowitsch amtierende Regierung unternahm freilich keine Anstrengungen, den Erlass umzusetzen.

Mit dem knappen Sieg der orangefarbenen politischen Kräfte bei den Parlamentswahlen 2007 und ihrer Rückkehr in die Regierung schienen sich die Voraussetzungen für die Anerkennung von OUN und UPA durch das Parlament wieder verbessert zu haben. Im Januar 2008 brachte Präsident Juschtschenko den Gesetzentwurf »Über den rechtlichen Status der Teilnehmer des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine zwischen den 20er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts« ein. Mit diesem Gesetz sollten Personen als Teilnehmer des Kampfes für die staatliche Unabhängigkeit anerkannt werden, die in der *Ukrainischen Militärischen Organisation (UVO)*, in der *Karpaten-Sitsch*, der OUN, der UPA oder im *Ukrainischen Hauptbefreiungsrat (UHWR)* am politischen Kampf, am Partisanen- und Untergrundkampf bzw. am bewaffneten Kampf zwischen den 1920er bis 1990er Jahren für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine teilgenommen hatten. Dazu zählten auch Personen, die diese Organisationen unterstützt hätten, Mitstreiter der Dissidentenbewegung der 1960er Jahre und Mitglieder der 1989 gegründete ukrainische Nationalbewegung *Ruch*. Dadurch dass allein OUN und UPA sowie die mit ihnen verbunden Organisationen namentlich erwähnt werden, erhalten diese beiden Organisationen und die Zeit des Weltkrieges jedoch eine besondere Bedeutung im »nationalen Befreiungskampf«. Das im Gesetz fixierte Geschichtsbild soll die staatliche Unabhängigkeit und die Einheit des Landes auf ethnonationaler Grundlage legitimieren: »Die ganze Ukraine von Osten bis Westen kämpfte für ihre Unabhängigkeit.« In deutlichem Unterschied zur Kutschma-Zeit ist nun

der Kampf von OUN und UPA und nicht mehr ein national modifiziertes sowjetukrainisches Geschichtsbild von der »Wiedervereinigung der ukrainischen Länder im Bestand der Sowjetukraine« Grundlage der Einheit von Staat und Nation. Dem Bild einer Nation, die vor allem in den 1930er Jahren (z. B. während der Großen Hungersnot) Opfer der kommunistischen Diktatur war, wird so die Vorstellung eines bis zur Unabhängigkeit andauernden Widerstandskampfes hinzugefügt und so das nationale Selbstbild der heroischen Märtyrernation vervollständigt. Die rechtliche und soziale Rehabilitierung der UPA-Kämpfer tritt nun endgültig zugunsten einer gesetzlich sanktionierten Umwertung der Kriegsgeschichte in den Hintergrund. Den UPA-Veteranen wird nun gegenüber den sowjetischen Veteranen erinnerungspolitische Priorität eingeräumt.

Ob der Gesetzentwurf des Präsidenten eine Mehrheit finden wird, ist jedoch fraglich. Die größte Oppositionspartei, die *Partei der Regionen* (PR), lehnte das Vorhaben ab und argumentierte vordergründig staatstragend: Der Gesetzentwurf fördere nicht die Konsolidierung, sondern die Spaltung der Nation. Tatsächlich war und ist die PR nicht an einer grundsätzlichen Lösung interessiert oder sie demonstriert Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem der UPA-Veteranen. Auf regionaler und lokaler Ebene hält die PR an Stereotypen des sowjetischen Kriegsmythos und der damit verbundene Brudervolk-Rhetorik fest, um ihre an engen ukrainisch-russischen Beziehungen interessierte süd- und ostukrainischen Wählerschaft zu mobilisieren. Aktuelle Konflikte mit Russland (NATO-Beitritt, Schwarzmeerflotte) werden auf kontroverse Perioden der Zeitgeschichte zurückprojiziert, skandalisiert und ursächlich mit einer historisch determinierten »Politik der Nationalisten« verknüpft.

Exklusive Tendenzen

Viktor Juschtschenko hat wiederholt versichert, dass sich die Bemühungen um die Anerkennung von OUN und UPA als nationale Befreiungsbewegung oder die Anerkennung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk nicht gegen Russland oder andere Nationen richten, sondern darauf zielen, der Opfer der Verbrechen eines totalitären Regimes zu gedenken. Außerdem unterstrich er das Recht einer unabhängigen Nation auf eine »soveräne«, d. h. eigene Geschichte. Das von Juschtschenko geförderte Geschichtsbild, das die Geschichte der Ukraine als durchgehende Freiheitsbewegung gegen sowjetische Unterdrückung überhöht, bedeutet aber auch, die sowjetische Geschichte ausschließlich als Zeit der »Okkupation der Ukraine« zu deuten. Dies geht bei

vielen Intellektuellen und Politikern häufig nicht nur mit einer politischen, sondern auch kulturellen Abgrenzung von Russland und bisweilen auch von Polen einher. Der geschäftsführende Direktor des UINP, Juchnowskij, kontrastierte die Russländische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR mit dem dauerhaft antikononialen, in der Gesellschaft stets lebendigen Unabhängigkeitsstreben der Ukrainer, das sich entweder im »offenen Kampf der Nationalpatrioten« geäußert habe oder auf die Durchsetzung des formalen Austrittsrechts der URSS aus der Sowjetunion gezielt habe. Die sowjetische Periode der Ukraine wird so als eine der »wahren« Nationalgeschichte fremde Zeit dargestellt und von der eigenen Geschichte getrennt. Als Folge geraten im nationalukrainischen Diskurs Vorwürfe gegen den »Kreml« häufig zu Beschuldigungen Russlands, dem allein die Verantwortung für Verbrechen in der Sowjetunion zugeschoben wird.

Die wiederholt geäußerte Kritik des russländischen Präsidenten Putin und anderer russländischer Regierungsvertreter an der ukrainischen Geschichtspolitik zeugt freilich kaum von einer Bereitschaft zum Dialog, sondern trägt eher zur Rechtfertigung exklusiver Tendenzen im nationalukrainischen Diskurs bei. Aus dem in Russland von staatlichen Institutionen weiter aufwendig gepflegten Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg* werden alte Pauschalurteile abgeleitet, welche die nationalen Organisationen der Ukraine meist auf nazistische Kollaborateure reduzieren. Nur allzu oft verbirgt die Beschwörung der gemeinsamen Geschichte ehemaliger Brudervölker eine grundsätzliche Nichtanerkennung der nationalen Erinnerung des Nachbarvolkes und seines Staates.

Ein ethnozentrisches Geschichtsbild vom Krieg führt oft zu einem Ausschluss »anderer« Opfergruppen und ihrer Erfahrungen. Obwohl die Ukraine einer der Hauptschauplätze des Judenmords war, wird der Holocaust anders als in der Sowjetzeit in Schulbüchern zwar erwähnt, aber meist als Marginalie behandelt. Das Ereignis wird kaum als Teil der eigenen Nationalgeschichte begriffen. In manchen ukrainischen Schulbüchern zur Weltgeschichte werden die Ereignisorte des Holocaust zwar für unterschiedliche europäische Länder, nicht aber für die Ukraine präsentiert. Schulbücher formen zwar keineswegs allein das Geschichtsbewusstsein; allerdings haben Einzeluntersuchungen gezeigt, dass der Holocaust für ukrainische Schüler noch ein abstraktes und fremdes Ereignis ist, das kaum etwas mit der Geschichte der Ukraine zu tun hat.

Unter Verweis auf die angebliche Verbindung von Juden mit dem sowjetischen Regime werden antijüdi-

sche Handlungen der »eigenen« Nation (z. B. während der Pogrome in der Westukraine im Sommer 1941) sogar gerechtfertigt. Die Ukrainer erscheinen als das Volk, das im Krieg am meisten gelitten hat. So behauptet ein durchaus prominenter ukrainischer Historiker wie Jaroslav Daschkevych zu den Pogromen im Sommer 1941 in der Westukraine, dass Juden im kommunistischen Russland den einzigen Retter vor deutschem Terror sahen und daher »die Rolle von Kollaboranten, die verständlicherweise ihrer Ausrichtung nach antiukrainisch waren, auf sich genommen hätten«. Antisemitismus oder antijüdische Handlungen von OUN oder anderen Ukrainern seien, so die fragwürdige Argumentation, »nur« gegen Juden im Dienste des Sowjetstaates bzw. NKWD gerichtet gewesen. Hartnäckige Vorurteile oder antisemitische Traditionen, die solche Stereotypen erst möglich machen, werden nicht diskutiert. Statt dessen werden Stereotypen vom »jüdischen Bolschewismus«, die im Sommer 1941 zum Kernbestand der OUN-Propaganda gehört hatten, weiterhin verwendet oder nicht eindeutig widerlegt. Außerdem bleibt bisweilen unterbelichtet, dass nicht nur Ukrainer und Polen, sondern auch Juden in hohem Maße Opfer des sowjetischen Terrors zwischen 1939 und 1941 wurden.

Opferhierarchisierung und Opferkonkurrenz sind auch mit Teilen des nationalukrainischen Diskurses um die Hungersnot 1932/33 verknüpft, in der die meisten ukrainischen Historiker heute einen Genozid am ukrainischen Volk sehen. Die Bezeichnung der Hungersnot als »ukrainischer Holocaust« drängt die Erinnerung an den eigentlichen Holocaust in den Hintergrund. Dies kann, wie Äußerungen mancher Intellektueller zeigen, auch mit der Verwendung antisemitischer Stereotype einhergehen: Da Juden prominente Positionen in der stalinschen Führung bzw. im NKWD eingenommen hätten, wird ihnen implizit eine Mitschuld oder Mitverantwortung für den Holodomor unterstellt.

Dass der Holocaust aus der »eigenen« Geschichte ausgeklammert wird, sollte aber nicht zu Fehlschlüssen über die offizielle Gedenkkultur der Ukraine führen. Am 50. Jahrestag des Massakers von Babij Jar im September 1991 erkannte die Regierung der unabhängigen Ukraine den Erinnerungsort als »Symbol des jüdischen Märtyrertums« an.

Das offiziell geförderte ukrainozentrische Geschichtsbild trägt aber zweifelsohne zur Verdrängung anderer Opfergruppen bei, die ebenfalls zur ukrainischen Geschichte gehören. Gleichwohl scheint das von Präsident Juschtschenko geförderte Bemühen, international den Holodomor als Genozid anerkennen zu

lassen, weniger auf eine Relativierung des Holocausts zu zielen, als darauf, dass die totalitäre Vernichtungserfahrung des Holodomor einen angemessenen Rang in der europäischen Erinnerungskultur erhält. Der Präsident betonte die Bedeutung des jüdischen Kulturerbes in der Ukraine und versprach, das Gedenken an den Holocaust zu wahren. Doch trotz entsprechender präsidialer Anordnungen, in Babij Jar eine Gedenkstätte zu errichten, hat die Regierung unterschiedlicher Couleur den Worten bislang keine Taten folgen lassen: Eine zentrale staatliche Holocaustgedenkstätte fehlt in der Ukraine bis heute.

In den westukrainischen Gebieten Galizien und Wolhynien, wo die jüdischen Gemeinden vor dem Zweiten Weltkrieg konzentriert waren, fehlt nicht nur eine staatliche Gedenkstätte an den Holocaust; Orte des jüdischen Lebens und des von den Deutschen organisierten Massenmords an den Juden werden sogar mit Denkmälern zu Ehren der Helden des ukrainischen Nationalismus überbaut. Jedoch ist die allgemein hohe Wertschätzung für die »Helden« von OUN und UPA in der westukrainischen Erinnerungskultur nicht ohne die spezifische regionale totalitäre Erfahrung zu verstehen. Die UPA, die ihren Kampf gegen die sowjetische Okkupation bis in die 1950er Jahre fortsetzte, wurde auch zum Symbol des Widerstands gegen die brutalen Repressionen der 1943/44 zurückgekehrten sowjetischen Herrschaft: Allein zwischen 1944 und 1952 wurden mehr als 200.000 Ukrainer in sowjetische Lager deportiert.

Abschließend muss aber auch erwähnt werden, dass die exklusiven Tendenzen in der nationalen Geschichtsdebatte in der Ukraine keineswegs unwidersprochen bleiben. Es gibt geschichtswissenschaftliche Institute und Zeitschriften wie *Krytyka* oder *Ź*, die gemeinsam mit der internationalen Forschung die staatliche Erinnerungspolitik kritisch analysieren und Tabus der Geschichte des ukrainischen Nationalismus im 20. Jahrhundert aufarbeiten. *Krytyka* bot wiederholt ein Forum für Kontroversen über weiße Flecken in der Geschichte der militärischen Formationen des ukrainischen Nationalismus und ihre Rolle während der antijüdischen Pogrome in der Westukraine im Sommer 1941. Einige jüngere ukrainische Historiker haben seriöse Einzelstudien über Kollaboration und Kooperation mit der deutschen Besatzungsmacht vorgelegt. Gleichwohl bleiben einzelne Themen, z. B. die Verknüpfung des Judenmords in der Ukraine mit unterschiedlichen Aspekten der ukrainischen »Nationalgeschichte«, weitgehend ein Tabu in den öffentlichen Debatten und der staatlichen Geschichtspolitik. Allein auf diese Weise

kann das Geschichtsbild einer »sauberen« »ukrainischen nationalen Befreiungsbewegung« und damit das moralisch höherstehende Bild einer heroischen Märtyrernation aufrechterhalten werden, das seine zentrale Grundlage in der Geschichte von OUN und UPA im Zweiten Weltkrieg hat. Nur in dieser Form eignet sich das

ukrainozentrische, auf die eigene Opferrolle konzentrierte Geschichtsbild als Mittel der Identifikation und Konsolidierung der Nation und ermöglicht der staatlichen Führung, sich als »Hüter« eines moralisch unbefleckten nationalen Gedächtnisses zu präsentieren und zu legitimieren.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft 6/2008 erschienen ist.

Über den Autor:

Wilfried Jilge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. (GWZO), Leipzig.

Lesetipp:

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft Nr. 6/2008.

Wilfried Jilge: The Politics of History and the Second World War in post-Communist Ukraine (1986/1991–2004/2005). In: Wilfried Jilge/Stefan Troebst (Hrsg.): Gespaltene Geschichtskulturen? Zweiter Weltkrieg und kollektive Erinnerungskulturen in der Ukraine. Stuttgart 2006 (= Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 54 (2006), H.1, S.50–81).

Analyse

Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung

Von Anatolij Podolskyj, Zentrum für Holocaustforschung, Kiew

Zusammenfassung

Die Ukraine war einst ein Zentrum des osteuropäisch-jüdischen Lebens. Im Holocaust wurden die meisten ukrainischen Juden ermordet. Damit ging auch die jüdische Kultur unter. In der Sowjetunion geriet sie in Vergessenheit. Während die offizielle ukrainische Erinnerungspolitik das jüdische Erbe ausblendet, bemühen sich Privatleute und Organisationen darum, die jüdische Kultur und Geschichte als Teil der ukrainischen Identität im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dies ist ein schmerzhafter Prozess: Er verlangt den Ukrainern ab, die eigene Verantwortung für die Ermordung der Juden in ihrem Land anzuerkennen.

Einleitung

Ende des 19. Jahrhunderts lebten im Gebiet der heutigen Ukraine, die damals unter Herrschaft von Österreich-Ungarn und Russland stand, etwa drei Millionen Juden, d. h. fast ein Drittel der damaligen jüdischen Weltbevölkerung. Die Ukraine stellte ein Zentrum des religiösen, literarischen, politischen osteuropäischen Judentums dar. Ende der 1930er Jahre galt diese Zahl weiterhin.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden dann ebenso wie in anderen Gebieten, die sich zeitweise unter

der Kontrolle der Nationalsozialisten befanden, fast alle Juden umgebracht und die jüdischen Gemeinden vernichtet. Den Holocaust überlebten nur diejenigen, die weiter in den Osten der Sowjetunion, nach Zentralasien oder Sibirien geflüchtet waren oder die den Krieg als Soldaten der Roten Armee überlebt und mitgeholfen hatten, die Ukrainer, Russen, Polen und Weißrussen gegen das Hitler-Regime zu verteidigen. Das Verhältnis zwischen Juden und Ukrainern während des Krieges war jedoch äußerst komplex. Viele Nicht-Juden in der Ukraine kollaborierten mit den Nationalsozialis-

ten. Ein großer Teil hatte sich von nationalsozialistischen Hetzreden gegen den »jüdischen Bolschewismus«, der die Verbrechen des Stalinschen Terrors zu verantworten habe, anstecken lassen. Wissenschaftler gehen davon aus, dass im Reichskommissariat Ukraine, das die Zentralukraine, sowie Teile der Ost- und der Westukraine umfasste, 140 000 Personen in der Polizei dienten. In den Akten der Nationalsozialisten werden sie alle als »Ukrainer« geführt, obwohl sich auch Angehörige anderer Nationen darunter befanden. Viele Bewohner der Ukraine entschieden sich – vom Kriegsfeber ergriffen – dafür, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten und wurden unter anderem auch als Aufpasser in den Todeslagern Sobibor, Treblinka und Bełżec eingesetzt. In vielen Städten in der Westukraine brachte die nicht-jüdische Bevölkerung Juden um, ohne auf eine explizite Anordnung der Besatzer zu warten. Auf der anderen Seite nimmt die Ukraine auf der Liste von Yad Vashem, die Nicht-Juden verzeichnet, die ihr Leben riskierten, um Juden vor den Nationalsozialisten zu retten und daher als »Gerechte unter den Völkern« gelten, den vierten Platz ein. Auf der Jerusalemer Liste befinden sich ungefähr 30.000 Namen von Menschen aus der Ukraine.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das jüdische Leben im Gebiet der Ukraine ausgelöscht. Es gab keine jüdischen Gemeinden mehr, keine jüdischen Schulen, Zeitschriften und Kolchosen. Ende der 1940er Jahre wandelte sich Stalins latenter Antisemitismus in eine offene Verfolgung alles Jüdischen und gipfelte 1952 in der Erschießung von sowjetisch-jüdischen Schriftstellern. In den 1960er Jahren hatten sich die meisten Juden dem sowjetischen Lebensstil angepasst.

Bei einer Volkszählung von 1989 wurde knapp eine halbe Million Juden in der Ukraine registriert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ließ sich einerseits eine massenhafte Abwanderung von ukrainischen Juden nach Israel, in die USA und nach Deutschland beobachten, andererseits entwickelte sich wieder ein Gemeindeleben in der Ukraine. 2001 wurden nur noch 100.000 Juden in der Ukraine gezählt, doch haben dort wieder Synagogen und jüdische Schulen ihre Tore geöffnet, es werden jüdische Zeitungen herausgegeben, jüdische Organisationen haben ihre Arbeit aufgenommen, und es gibt Institute für Jüdische Studien.

Wahrnehmung und Reflexion des Holocaust sind in der Ukraine eng mit dem schmerzhaften Prozess der Herausbildung einer nationalen Identität verbunden. Noch ist unklar, ob und wie der Holocaust in die Erinnerungskultur integriert wird. Auch ist offen, wie das jüdische Erbe sowie das Verhältnis zwischen Juden

und Ukrainern in der kollektiven Erinnerung und in der Geschichtsschreibung verortet werden.

Der Holocaust im Schulunterricht

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde der Holocaust in die schulischen Lehrpläne aufgenommen, genauer: in den Grundkurs »Geschichte der Ukraine und Weltgeschichte«. 2000 empfahl das ukrainische Bildungs- und Wissenschaftsministerium den Universitäten, einen Kurs zur Geschichte des Holocausts in der Ukraine und in Europa einzuführen. Motiviert war dieser Beschluss offensichtlich von der Stockholmer Konferenz im Jahr 2000, auf der die Ukraine einer Deklaration zur Bewahrung der Erinnerung an den Holocaust durch Forschung und Unterricht zugestimmt hatte. Seit 2006 enthalten die Abschlussprüfungen allgemeinbildender Schulen Fragen zur Geschichte des Holocausts. Obwohl formal alle Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Geschichte des Holocausts an ukrainischen Schulen kaum unterrichtet werden. Erstens sieht der Lehrplan zu wenig Unterrichtszeit für das Thema vor. Der Holocaust soll im Themenbereich »Nationalsozialistisches Besatzungsregime« in nur einer Schulstunde abgehandelt werden. Zweitens fehlen in den offiziellen Lehrbüchern stringente Ausführungen über den Holocaust als Teil der ukrainischen Geschichte. Hier setzt sich die sowjetische Tradition des Verschweigens des Holocausts – in sowjetischen Schulbüchern wurde der Holocaust gar nicht erwähnt – fort. Der Kiewer Didaktiker Juryj Komarov, der Darstellungen des Holocaust in Lehrbüchern in der Ukraine, in Deutschland und in Großbritannien verglichen hat, schrieb, unter diesen Voraussetzungen sei es kaum zu erwarten, dass ukrainische Schüler eine Verbindung zwischen Babyj Jar und dem Holocaust sähen. In ihrer Untersuchung der Holocaust-Rezeption ukrainischer Schüler kommt Jelena Iwanowa aus Charkiw zu dem Schluss, der Holocaust sei für die Jugendlichen ein abstraktes Ereignis ohne jeden Bezug zur nationalen Erinnerung.

Der nichtstaatliche Bildungssektor in der Ukraine sendet seit Mitte der 1990er Jahre wertvolle Impulse aus. Schritt für Schritt wirken Institutionen wie das Komitee Babyj Jar, die Vereinigung nationaler Minderheiten der Ukraine, das Ukrainische Zentrum zur Erforschung der Geschichte des Holocausts, der Geschichtslehrerverband Nowa Doba, das Zentrum Tkuma darauf hin, das offiziellen Bildungswesen zu verändern und in der ukrainische Gesellschaft das Bewusstsein für ihre Verantwortung für die Erinnerung an den Holocaust zu verankern. Sie entwickelten praktisch ohne staatliche Unterstützung ein System zur Vermittlung der

Geschichte des Holocausts. Sie organisierten didaktisch-methodische Seminare für Lehrer und Dozenten, arbeiteten mit Schülern und Studierenden, veranstalteten Wettbewerbe und Sommerschulen und ermöglichten Praktika in internationalen Holocaust-Zentren. Außerdem gaben sie Lehrmaterialien heraus, die weit über die offiziellen Lehrpläne und Schulbücher hinausgehen und die zahlreiche Lehrer und Dozenten seither verwenden. Lehrern, die sich zum Thema Holocaust ausführlich informieren möchte, legt der Staat keine Hindernisse in den Weg. Anders als zur Sowjetzeit ist der Holocaust kein Tabu mehr, die Auseinandersetzung mit dem Thema in der Schule wird jedoch nicht speziell gefördert.

Positionen zum Holocaust in Politik und Gesellschaft

In der Ukraine gibt es keine offizielle Erinnerung an die Schoa. Es gibt kein staatliches Museum zur Geschichte des Holocaust. Schauplätze von Massenhinrichtungen sind nicht ausgewiesen. Der 27. Januar, der internationale Tag zum Gedenken an die Opfer des Holocaust wird nicht staatlich begangen. All das, obwohl die Ukraine im Jahre 2000 die Stockholmer Deklaration unterzeichnete.

Die zahlreichen Denkmäler und Gedenktafeln, die überall im Land Orte kennzeichnen, wo sich Ghettos befunden oder Hinrichtungen stattgefunden hatten, gehen auf jüdische Gemeinden, nichtstaatliche Einrichtungen, Privatpersonen und individuelle Spenden zurück. Laut Omer Bartov befinden sich diese Mahnmale jedoch im Abstellraum der öffentlichen Erinnerung. Bisher lässt sich keine Bereitschaft des Staates erkennen, diese Gedenkstätten zumindest zu erhalten.

Nach 1991 wurden in verschiedenen Landesteilen Denkmäler und Museen für die Organisation Ukrainischer Nationalisten (Organisazija Ukrainskich Nazionalistiw, OUN) und die Ukrainische Aufstandsarmee (Ukrainska Powstanska Armija, UPA) errichtet. Es scheint, als würde die Geschichte der Juden während

des Zweiten Weltkriegs mit nationalen Denkmälern »überbaut«, um die »andere Opfernation« zu vergessen. Wie vormals die sowjetischen Machthaber verschleierte die ukrainische Regierung die Tatsache, dass die Opfer des Holocaust vor allem Juden waren.

Die meisten Politiker sehen den Holocaust nicht als Teil der ukrainischen Geschichte, sondern als Tragödie eines anderen Volkes, das selbst für die Erinnerung daran verantwortlich sei.

In der Öffentlichkeit wird das Thema Holocaust kaum diskutiert. Statt eines Gedenkens an den Holocaust zeichnet sich eine »Konkurrenz der Opfer« ab. Sogenannte »Forscher« wiegen die Zahl der Holodomor-Toten gegen die Zahl der Holocaust-Opfer auf und prägten für den Holodomor die inkorrekte Bezeichnung »ukrainischer Holocaust«. Es wäre durchaus gerechtfertigt, die Mechanismen und Charakteristika des Holodomor und des Holocaust vergleichend zu analysieren, eine Gleichsetzung ist aber völlig unangebracht.

Die Ausblendung des Holocaust in der Ukraine ist darauf zurückzuführen, dass die Ukraine offiziell keine Verantwortung für die Erinnerung an das Vergangene übernimmt, weil weder die nationalsozialistischen noch die stalinistischen Verbrechen juristisch und historisch aufgearbeitet sind. So fehlt ein brauchbares Modell für die Erinnerung an die Geschichte des 20. Jahrhunderts und des Zweiten Weltkriegs.

Wilfried Jilge zufolge verstellt der Mangel an Informationen über die ukrainisch-jüdischen Beziehungen während der deutschen Okkupation und über den Holocaust in der Ukraine nicht nur den Blick auf die »dunklen Seiten« der Nationalgeschichte, sondern auch auf den Mut und die Selbstlosigkeit vieler Ukrainer, die Juden retteten. Die Konzentration der ukrainischen Geschichtsschreibung auf den Nationalstaat und einen monoethnischen Geschichtsentwurf verhindere die Überwindung von Stereotypen und Vorurteilen über die »antisemitischen Ukrainer«.

*Aus dem Russischen von Christiane Körner,
Frankfurt/Main*

Über den Autor:

Dr. Anatolij Podolskyj ist Direktor des ukrainischen Zentrums für Holocaustforschung (Ukrainskij zentr wyvtschennja istorii golokostu) in Kiew.

Lesetipp:

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft Nr. 8–10/2008 (Impulse für Europa. Tradition und Moderne der Juden Osteuropas, 552 Seiten, 11 Karten, 64 Abbildungen. Preis 32,00 €, ISBN 978-3-8305-1434-3).

Chronik
Vom 24. September bis zum 14. Oktober 2008

25.9.2008	Der Block Litwin kündigt an, erst wieder an Verhandlungen über eine neue Koalition teilzunehmen, wenn die beiden ehemaligen Koalitionspartner Unsere Ukraine und Block Timoschenko ihr Verhältnis geklärt haben. Wjatscheslaw Kirillenko, Fraktionsführer von Unsere Ukraine, wirft dem Block Timoschenko vor, abermals Verabredungen nicht eingehalten zu haben und bei der Festsetzung der Tagesordnung erneut mit der Partei der Regionen gemeinsam abgestimmt zu haben. Der Block Timoschenko weist dies zurück.
25.9.2008	Sechs der neun zum Block Unsere Ukraine gehörenden Parteien sprechen sich für die Unterzeichnung einer Koalitionsvereinbarung zwischen Unsere Ukraine, Block Timoschenko und Block Litwin aus.
26.9.2008	Die Abgeordneten von Unsere Ukraine erscheinen nicht zur Parlamentssitzung, obwohl Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk sie zur Festlegung der Tagesordnung geladen hatte.
29.9.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko ruft die Abgeordneten von Unsere Ukraine auf, sich einer durch den Block Litwin erweiterten demokratischen Koalition anzuschließen. Sie bedauert, dass Präsident Viktor Juschtschenko diesen Prozess »sabotiere« und spricht sich abermals gegen vorgezogene Parlamentswahlen aus.
30.9.2008	Der Führer der Kommunistischen Partei Petro Simonenko fordert im Parlament die Aufnahme eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Viktor Juschtschenko. Als Grund führt er die »staatsfeindliche Tätigkeit« des Präsidenten an. Insbesondere erinnerte er in seiner Rede an die Unterstützung des Präsidenten für Georgien.
30.9.2008	Unsere Ukraine veröffentlicht ein Dokument, in dem Bereitschaft zur Koalition mit dem Block Timoschenko und dem Block Litwin unter bestimmten Bedingungen signalisiert wird.
1.10.2008	Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk schlägt vor, alle vom Parlament Anfang September verabschiedeten strittigen Gesetze aufzuheben und einen neuen Koalitionsvertrag zu unterzeichnen.
1.10.2008	Der Block Timoschenko erklärt sich bereit, alle Forderungen von Unsere Ukraine für die Neuauflage der Koalition zu erfüllen, um zu demonstrieren, wer die Koalition wirklich weiterführen möchte und um gleichzeitig Neuwahlen zu verhindern. Tags darauf werden die Anfang September verabschiedeten umstrittenen Gesetze über die Machtverteilung im Staat zurückgenommen.
1.10.2008	Der Freundschaftsvertrag zwischen Russland und der Ukraine wird um 10 Jahre verlängert. Dies bestätigen beide Seiten.
2.10.2008	Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin unterzeichnet mit Ministerpräsidentin Julia Timoschenko eine Absichtserklärung über den zukünftigen Gashandel. Die Gaspreise für die Ukraine sollen innerhalb von drei Jahren an die Weltmarktpreise angeglichen werden. Zugleich kritisiert Putin die Ukraine scharf, weil sie vor dem letzten Kaukasus-Krieg massiv Waffen an Georgien geliefert habe.
4.10.2008	Präsident Viktor Juschtschenko geht davon aus, dass er bereits jetzt das Recht hat, das Parlament aufzulösen. Dennoch will er den Parteien noch bis zum 7.10. die Möglichkeit geben, Koalitionsvereinbarungen zu treffen.
6.10.2008	Alle Abgeordneten des Blocks Timoschenko unterschreiben eine Erklärung, in der sie die Wiederaufnahme der Koalition mit Unsere Ukraine befürworten.
8.10.2008	Präsident Viktor Juschtschenko löst das Parlament per Erlass auf und setzt Neuwahlen für den 7. Dezember an. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sieht die Auflösung des Parlaments als verfassungswidrig an. Sie zieht als Stichtag den 23. November 2007 heran – den Tag der Vereidigung der Abgeordneten.
9.10.2008	Wolodimir Arjew, Abgeordneter von Selbstverteidigung des Volkes, kündigt an, dass seine Partei bei den nächsten Wahlen nicht wie bisher im Verbund mit Unsere Ukraine antreten werde.

11.10.2008	Das Kiewer Kreisverwaltungsgericht hebt den Erlass des Präsidenten Viktor Juschtschenko über die Auflösung des Parlamentes und vorgezogene Parlamentswahlen auf. Damit werden dem Präsidenten sämtliche Tätigkeiten, die mit der Vorbereitung der Wahlen zusammenhängen, verboten. Das Gleiche gilt für die Zentrale Wahlkommission. Der Block Timoschenko hatte gegen den Erlass Klage erhoben. Nun erhebt die Präsidentschaft Gegenklage vor dem Berufungsgericht und der Präsident entlässt den Richter, der die Klage des Blocks Timoschenko entgegengenommen hatte.
12.10.2008	Swjatoslaw Olijnyk, Abgeordneter des Blocks Timoschenko, fordert die Staatsanwaltschaft auf, die Bewachung des Kiewer Kreisverwaltungsgerichts durch Mitarbeiter nicht zuständiger Sicherheitsdienste strafrechtlich zu verfolgen. Er erklärt, nur Abteilungen des Innenministeriums und der »Gerichtsmiliz« seien hierfür zugelassen.
13.10.2008	Präsident Viktor Juschtschenko verabschiedet auf Anregung des nationalen Sicherheitsrates einen Erlass, der die Regierung zur Freigabe finanzieller Mittel aus dem Reservefonds des Staatshaushaltes für die Durchführung der vorgezogenen Parlamentswahlen verpflichtet. Dies lehnt der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Turtschinow ab, da dieser Fonds nur für die Beseitigung von Ausnahmesituationen genutzt werden dürfe.
13.10.2008	Präsident Viktor Juschtschenko löst das Kiewer Kreisverwaltungsgericht, das den Beschluss über die Auflösung des Parlamentes aufgehoben hatte, per Erlass auf und ordnet die Schaffung zweier neuer Gerichte an. Im Laufe des Tages hatten sich etwa 50 Abgeordneten des Blocks Timoschenko vor und im Gericht als Posten aufgestellt.
13.10.2008	Abgeordnete des Blocks Timoschenko behindern die Arbeit der Zentralen Wahlkommission, indem sie deren Plätze im Sitzungssaal besetzen. Sie rechtfertigen die Aktion mit dem Gerichtsentcheid, nach dem die Kommission keine Wahlvorbereitungen unternehmen darf.
14.10.2008	Das Kiewer Berufungsgericht verschiebt die Sitzung zur Klage der Präsidentschaft gegen die Entscheidung des Kreisverwaltungsgerichts, durch die die Parlamentsauflösung aufgehoben worden war, auf den 17.10.
14.10.2008	Innenminister Jurij Luzenko teilt mit, dass die Regierung die Finanzierung vorgezogener Parlamentswahlen aus dem Reservefonds des Staatshaushaltes für gesetzeswidrig befindet. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko schlägt vor, die Parlamentsauflösung zu annullieren und alle Kräfte der Finanzkrise zu widmen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten zweiwöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de